

Bündnis

**Sahra
Wagenknecht**

BSW Landesverband
Hamburg

Zweitstimme
X BSW

**Hamburg
verdient mehr!**

***Wahlprogramm für
die Bürgerschaftswahl 2025***

Vorwort

Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger,

als Vorsitzende des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verspreche ich Ihnen: Mit uns gibt es kein Weiter so bürgerferner Politik in Ihrem Bundesland, sondern mit uns geht es wieder um Ihre ganz konkreten Probleme und Hoffnungen.

Unser Land wird zweifellos von der schlechtesten Koalition regiert, die die Bundesrepublik je hatte. Arrogant, ideologiegetrieben, inkompetent! Die Wirtschaftskraft unseres Landes schrumpft, Unternehmen wandern ab. Der Industriestandort Deutschland und hunderttausende Arbeitsplätze sind in Gefahr – auch hier in Hamburg. Kaufkraft und Wohlstand wurden durch die hohe Inflation vernichtet. Das überfordert gerade diejenigen mit geringen Einkommen oder schmalen Renten.

Ob Heizgesetz, Verbrenner-Verbot, die weiterhin unkontrollierte Migration oder die desaströse Energiepolitik: Ideologie und Planlosigkeit treiben diese Regierung an, nicht die Lösung der Probleme der Menschen. Es ist kein Wunder, dass unser Land sozial und politisch gespalten ist. Denn die Politik der Bundesregierung, die die Sorgen und Nöte der Bürger und Familien offenkundig vielfach noch nicht einmal kennt, zerstört das Vertrauen in den Staat.

Die Politik, immer mehr Waffen an die Ukraine zu liefern, ist grandios gescheitert. Abermilliarden an hart erarbeitetem Steuergeld sind in diesem Krieg, in dem schon lange nicht mehr gesiegt, sondern nur noch gestorben wird, verbrannt. Und die Wirtschaftssanktionen schaden vor allem uns und unserer Wirtschaft, der günstige Energie vorenthalten wird.

Statt unser Land „kriegstüchtig“ zu machen mit einer Militarisierung bis in die Schulen hinein, braucht es eine Rückbesinnung auf die friedliche Beilegung von Konflikten und Kriegen. In der Ukraine braucht es endlich einen Waffenstillstand und Verhandlungen, wie der Papst und viele Staaten sie vernünftigerweise fordern.

Gegen eine Politik, die die Zukunft unseres Landes gefährdet und die direkte Kriegsgefahr für Deutschland erhöht, haben wir eine neue Partei gegründet: das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit.

In der Wirtschaftspolitik muss wieder Vernunft Einzug halten, statt den Bürgern E-Autos und Wärmepumpen aufzuzwingen, die sich die meisten schlicht nicht leisten können. Löhne und Renten sind in Deutschland für zu viele zu niedrig, Steuern und Abgaben dagegen für Normalverdiener und Durchschnittsrentner zu hoch!

Statt Freiheit und die Meinung des anderen zu achten, hat sich ein grün-autoritärer Politikstil ausgebreitet, der den Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben und zu sprechen haben. Auf der anderen Seite lernen immer weniger Kinder in unseren Schulen auch nur richtig lesen, rechnen und schreiben. All das gefährdet Gemeinsinn und Zusammenhalt und damit die Zukunft unseres Landes.

Wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik, Meinungsvielfalt und ein Stopp der unkontrollierten Migration sind wichtige Schwerpunkte unserer Partei.

In Hamburg leiten fünf zentrale Forderungen unser Handeln:

1. Wir werden uns kompromisslos für den Frieden einsetzen. Dafür, dass der Krieg in der Ukraine über einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen endet und die Gefahr eines dritten Weltkriegs gebannt wird.

2. Das BSW ist eine Garantie dafür, dass künftig die Interessen von normalen Familien, Arbeitnehmern, kleinen und mittelgroßen Unternehmen und Rentnern im Mittelpunkt der Politik Hamburgs stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Industrie geschützt und unser Mittelstand von Bürokratie entlastet wird, dass künftig kein Arbeitnehmer weniger als 15 Euro die Stunde verdient und kein Rentner mit einer gesetzlichen Rente unterhalb von 2000 Euro Steuern bezahlen muss.

3. Wir setzen uns für exzellente Schulen ein, in denen jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die besten Bildungschancen erhält. Mit uns gibt es in den Grundschulen eine Rückbesinnung auf das Erlernen der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen. Handys und Tablets, die den Wissenserwerb nachweislich erschweren, werden wir mindestens bis zum Ende der Grundschule aus den Klassenzimmern verbannen.

4. Wir stoppen die unkontrollierte Migration, die Kommunen und Bürger heillos überfordert. Mit uns gibt es Kontrolle und Begrenzung ohne Diskriminierung und Rassismus. Der zunehmenden Ausländerkriminalität begegnen wir mit einer bürgernahen Polizei und einer effektiven und schnellen Justiz. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss das Land verlassen.

5. Wir engagieren uns für Meinungsfreiheit und gegen Cancel Culture, eine Stimme für die konsequente Aufarbeitung der Fehler der Corona-Zeit durch einen Corona-Untersuchungsausschuss in der Hamburgischen Bürgerschaft. Ein solcher Ausschuss sollte u.a. Herrn Lauterbach und Herrn Drosten vorladen und beispielhaft für den Bund sein. Monatelange Kita- und Schulschließungen, der unsägliche Umgang mit Altenheimen und die Ausgrenzung Andersdenkender sind aufzuarbeiten.

Das sind unsere Ziele.
Wir werben für Ihr Vertrauen.

Ihre Sahra Wagenknecht



Bürgerschaftswahlprogramm Hamburg 2025

Inhaltsverzeichnis

I. Frieden	05
II. Freiheit	06
Demokratie und Teilhabe	06
Aufarbeitung der Corona-„Maßnahmen“	07
Denk-, Rede- und Pressefreiheit	08
Ehrenamt stärken	09
Neue Migrations- und Integrationspolitik	09
Leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung vor Ort	11
Gemeinschaft in der Stadt	12
Sicherheit und Schutz der Menschen- und Bürgerrechte	13
Justiz und Verbraucherschutz	14
III. Gerechtigkeit	16
Bildung ist Zukunft	17
Hochschule und Wissenschaft	18
Kultur und Sport	19
Gesundheit und Pflege	20
Barrierefreiheit und Inklusion	22
Gesundheitsvorsorge	22
Soziale Politik ist ein Kernanliegen des BSW	23
Zeit für einen Politikwechsel - Hamburg lebenswerter gestalten	24
Wohnen muss bezahlbar sein	25
IV. Wirtschaftliche Vernunft	26
Hamburgs Wirtschaft erhalten und stärken	27
Hamburgs Hafen - ein Tor zur Welt	28
Sanften Tourismus stärken	29
Digitalisierung ist Zukunft	29
Solide Finanz- und Strukturpolitik	30
Hamburg braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur	31
Energiepolitik und Umweltschutz	33
Land- und Forstwirtschaft	35
Impressum	37

»Unser Hamburg verdient mehr!«

Das Hamburger Wahlprogramm des BSW zur Bürgerschaftswahl 2025

Frieden

Für ein neues Selbstverständnis in der Außenpolitik

Unsere Außenpolitik steht in der Tradition des Bundeskanzlers Willy Brandt und des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, die dem Denken und Handeln in der Logik des Kalten Krieges eine Politik der Entspannung, des Interessenausgleichs und der internationalen Zusammenarbeit entgegengesetzt haben. Die Lösung von Konflikten mit militärischen Mitteln lehnen wir grundsätzlich ab. Wir wehren uns dagegen, dass immer mehr Ressourcen in Waffen und Kriegsgerät fließen, statt in die Bildung unserer Kinder, die Erforschung umweltschonender Technologien oder unsere Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Atomare Aufrüstung und eskalierende Konflikte zwischen den Atommächten setzen das Überleben der Menschheit aufs Spiel und müssen beendet werden. Wir streben eine neue Ära der Entspannung und neue Verträge über Abrüstung und gemeinsame Sicherheit an.

Die Bundeswehr hat den Auftrag, unser Land zu verteidigen. Für diese Aufgabe muss sie angemessen ausgerüstet sein. Den Einsatz deutscher Soldaten in internationalen Kriegen lehnen wir ebenso ab wie ihre Stationierung an der russischen Grenze oder im Südchinesischen Meer.

Eine Militärallianz, deren Führungsmacht in den zurückliegenden Jahren fünf Länder völkerrechtswidrig überfallen und in diesen Kriegen mehr als 1 Million Menschen getötet hat, schürt Bedrohungsgefühle und Abwehrreaktionen und trägt so zu globaler Instabilität bei. Statt eines Machtinstruments für geopolitische Ziele brauchen wir ein defensiv ausgerichtetes Verteidigungsbündnis, das die Grundsätze der UN-Charta achtet, Abrüstung anstrebt, statt zu Aufrüstung zu verpflichten, und in dem sich die Mitglieder auf Augenhöhe begegnen. Europa benötigt eine stabile Sicherheitsarchitektur, die längerfristig auch Russland einschließen sollte.

Unser Land verdient eine selbstbewusste Politik, die das Wohlergehen seiner Bürger in den Mittelpunkt stellt und von der Einsicht getragen ist, dass US-amerikanische Interessen sich von unseren Interessen teilweise erheblich unterscheiden. Unser Ziel ist ein eigenständiges Europa souveräner Demokratien in einer multipolaren Welt und keine neue Blockkonfrontation, in der Europa zwischen den USA und dem sich immer selbstbewusster formierenden neuen Machtblock um China und Russland zerrieben wird.

Wir werden in Hamburg unsere Stimme dafür erheben, dass die Bundesregierung endlich selbstständig diplomatisch aktiv wird, um einen Waffenstillstand und Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien im Ukraine-Krieg herbeizuführen.

Gerade im Krieg darf die Idee der Völkerverständigung nicht aufgegeben werden. Auch von Hamburg aus müssen wir Initiativen zur Verständigung fortsetzen, z.B. Städtepartnerschaften, Kultur- und Jugendaustausch, Begegnungen von Wissenschaftlern, (zivil-)gesellschaftlichen

Organisationen und Wirtschaftsverbänden. Regionales Friedensengagement sind von Hamburg zu unterstützen.

Wir erheben in Hamburg unsere Stimme gegen eine Aufstellung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Wir wollen einen zivilen Hamburger Hafen, der kein Hub für Kriegsmaterial und Soldaten der NATO wird. Die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Hamburg werden wir nicht fördern.

Gegen die schleichende Militarisierung unserer Schulen wenden wir uns. An Hamburger Schulen brauchen wir mehr Lehrer und keine Nachwuchsanwerbung durch Offiziere der Bundeswehr.



Freiheit

Wir wollen in Hamburg mit unserer neuen Partei die persönliche Freiheit schützen. Das im Grundgesetz und internationalen Verträgen festgeschriebene Grundrecht auf freie Meinungsäußerung darf nicht in Frage gestellt werden. Cancel Culture, Konformitätsdruck und die zunehmende Verengung des Meinungsspektrums sind unvereinbar mit den Grundsätzen einer freien Gesellschaft. Dasselbe gilt für politische Bestrebungen, die sich anmaßen, Menschen zu erziehen und ihren Lebensstil oder ihre Sprache zu reglementieren. Extremismus, egal ob rechts, links oder religiös, lehnen wir ab.

Zur Sicherung der Freiheit bedarf es Regeln des Miteinanders und eines funktionierenden Staates. Der Hamburger Senat unter Führung der SPD hat in den vergangenen Jahren seine

diesbezüglichen wichtigsten Aufgaben derart vernachlässigt, dass viele Menschen unzufrieden und frustriert sind. Manche Politikwissenschaftler führen Scheindebatten darüber, ob wir nun „rechts“ oder „links“ seien. Diese überholte ideologische Auseinandersetzung haben wir hinter uns gelassen. Wir wollen in der Mitte der Gesellschaft diejenigen Probleme angehen, die von anderen Parteien seit vielen Jahren ignoriert werden.

Zur Sicherung der Freiheit in Hamburg gehören eine funktionierende, bürgernahe Verwaltung, gestärkte Bezirke, eine bürgernahe Polizei, eine effektive und schnelle Justiz, eine deutliche Begrenzung und klare Steuerung von Migration und Integration sowie eine offene und vielfältige Kultur in der Stadt.

Wir wollen den gesellschaftlichen Frieden wiederherstellen und Polarisierungen beenden.

Demokratie und Teilhabe

Wir wollen in unserer Stadt die demokratische Willensbildung wiederbeleben und die demokratische Mitbestimmung ausweiten. Wir reden nicht nur von Demokratie, sondern wollen sie mit direkter Bürgerbeteiligung schützen und weiterentwickeln. Als mündige und freie Bürgerinnen und Bürger wollen wir das Miteinander und eine offene Debattenkultur fördern. Wir wollen die demokratische Teilhabe und Willensbildung stärken und Bürgerinnen und Bürger mehr in politisches Handeln einbeziehen.

Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Stärkung der demokratischen Prozesse und zur Erhöhung der Bürgerbeteiligung werden wir ausbauen.

Das in Hamburg erkämpfte Recht, sich im Rahmen von Volksabstimmungen direkt an der Gestaltung der Politik im Bezirk wie auch im Land zu beteiligen, darf nicht dem Willen des Senats untergeordnet werden. Dies bedeutet unter anderem, dass Volksbegehren künftig auch über Fragen entscheiden sollen, die mit finanziellen

Auswirkungen verbunden sind. Das sogenannte Finanztabu muss fallen.

Nach dem Modell des fakultativen Referendums der Schweiz wollen wir zudem die Möglichkeit schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossene Gesetze aufhalten oder korrigieren können.

Hamburg soll das erste Land werden, das neue Regelungen, Vorschriften und Verordnungen auf einen 180-Tage-Prüfstand stellt und seinen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, Einwände geltend zu machen und das Inkrafttreten gegebenenfalls zu verhindern.

Wir wollen, dass Hamburg zu einem Bundesland mit bürgernaher Verwaltung und schlanker Bürokratie wird. Die Rolle der Bezirke in der Hamburger Verfassung muss neu gefasst werden. Eine Verfassungsreform soll den Bezirken kommunale Aufgaben und Rechte übertragen. Die Bezirksversammlungen müssen zu bürgernahen Parlamenten werden. Diese Reform wollen wir auf den Weg bringen.

Förderungswürdige Projekte dürfen nicht den Sponsoren oder Stiftungen überlassen werden, sondern sollen mit demokratischer Kontrolle von zu schaffenden Gremien inhaltlich ausgestaltet werden.

Unsere Ziele:

- Ermöglichung direktdemokratischer Abstimmungen über alle wichtigen politischen Fragen auf Landesebene
- Volksinitiativen und Volksbegehren stärken, Herabsetzung der Hürden für Volksinitiativen
- Demokratisierung aller gesellschaftlich relevanten Lebensbereiche durch stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse, Betonung des Bürgers als Souverän aller politischen Entscheidungen
- Einbeziehung des Mehrheitswillens bei politischen Entscheidungen, Förderung der

gleichberechtigten Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

- 180-Tage-Prüfstand für neue Regelungen, Vorschriften und Verordnungen
- Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Stärkung der demokratischen Prozesse und zur Erhöhung der Bürgerbeteiligung
- Stärkung politischer Kompetenzen der Bezirke statt Ausbau des Smart City-Konzepts

Aufarbeitung der Corona-„Maßnahmen“

Wir wenden uns gegen jegliche Bevormundung und Ausgrenzung. Deshalb fordern wir eine konstruktive Aufarbeitung der Erfahrungen der Corona-Pandemie, während der Grundrechte in bisher nicht gekanntem Maße eingeschränkt worden sind, auch mit Maßnahmen, die in keinem Pandemieplan vorgesehen waren. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass viele dieser Maßnahmen keine wissenschaftliche Grundlage hatten und mehr Schaden als Nutzen brachten. Kritiker aus Wissenschaft und allgemeiner Öffentlichkeit, die frühzeitig vor Überreaktionen und ungeeigneten Maßnahmen gewarnt haben, wurden als Quacksalber, Rechtsradikale und unsolidarische Gefährder verunglimpft und ausgegrenzt. Sie wurden angefeindet und teilweise tätlich angegriffen.

Wir wollen daher einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einrichten, um die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen des Hamburger Senats und der Hamburg-spezifischen Maßnahmen sowie die Grundrechtseinschränkungen während der Pandemie überprüfen zu lassen. In diesem Zusammenhang ist auch die Durchführung einer medizinisch-wissenschaftlichen Aufarbeitung in Zusammenarbeit mit dem UKE erforderlich.

Hamburg muss sich dafür einsetzen, dass Bundestag und Bundesrat einem WHO-Pandemievertrag nicht zustimmen, solange die Rolle der

Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie der Stiftungen und Konzerne, die Einfluss auf diese ausüben, nicht aufgearbeitet ist.

Unsere Ziele:

- Amnestie für alle, die wegen Verstößen gegen Corona-Maßnahmen verurteilt wurden, einschließlich der Rückzahlung von Strafgeldern
- Einrichtung eines Untersuchungsausschusses in der Bürgerschaft
- Förderung des gesellschaftlichen Dialogs durch dezentrale Aufarbeitungen der Corona-Jahre und Schaffung von Dialogformaten
- Einführung eines „Tages der Versöhnung“ zur gesellschaftlichen Aufarbeitung und Überwindung von Spaltungen
- Einrichtung einer Corona Gedenkstätte für Opfer des Pandemie-Managements als Gegengewicht zum geplanten „Corona-Gedenkort“
- Offene Diskussion und juristische Verfolgung von Bereicherung während der Corona-Maßnahmen
- Untersuchung der Einflussnahme von Behörden auf die Medien
- Ausweitung von psychotherapeutischen Angeboten (vor allem für Kinder und Jugendliche)

Denk-, Rede- und Pressefreiheit

Wir lehnen Denk- und Redeverbote grundsätzlich ab. Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu denken oder zu reden haben und setzen uns für eine respektvolle, wertschätzende und verständliche Sprache ein.

Die Pressefreiheit und eine objektive Berichterstattung sind für uns ein hohes Gut. Wir wenden uns gegen jegliche Tendenzen ihrer Einschränkung

oder des Missbrauchs öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten für parteipolitische Zwecke.

Insbesondere seit der Corona-Pandemie müssen sich Teile der öffentlich-rechtlichen Medien mit dem Vorwurf auseinandersetzen, einseitig zu berichten. Skepsis herrscht auch hinsichtlich der teilweise einseitigen medialen Darstellung der Ursachen und des Verlaufes des Ukraine-Kriegs. Die Berichterstattung und Kommentierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollte deshalb dahingehend hinterfragt werden können, ob sie dem Auftrag zu objektiver Information und Regierungserferne entspricht. Wir brauchen eine offene Debatte darüber, wie das Vertrauen in die politische Berichterstattung von Medien gestärkt werden kann.

Das von der Ampelregierung verabschiedete sogenannte Selbstbestimmungsgesetz ermöglicht die jährliche Änderung des Geschlechtseintrages. Damit wurde der juristische Geschlechterbegriff abgeschafft und sämtliche Errungenschaften für Geschlechtergerechtigkeit rückgängig gemacht. Das Gesetz sieht Bußgelder von bis zu € 10.000 vor, wenn ein Mensch mit dem falschen Geschlecht angesprochen wird oder das biologische Geschlecht genannt wird (Offenbarungsverbot). Dagegen machen wir uns stark und setzen uns für eine verfassungsrechtliche Überprüfung dieses Gesetzes ein.

Unsere Ziele:

- Bekämpfung von Stigmatisierung, Framing, Zensur, Cancel Culture sowie Förderung kontroverser Debatten durch öffentliche Plattformen und Schutzmaßnahmen für Meinungsvielfalt
- Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur Sicherstellung der Unabhängigkeit und Förderung der Meinungsvielfalt, einschließlich der Anpassung der Finanzierung und der Aufsichtsgremien sowie der Einführung demokratischer Kontrollen durch die Beitragszahler
- Aufbau von Ombudsgremien in Hamburg zur Überwachung der Denk-, Rede- und Presse-

freiheit und Abbau von Strukturen, die Verleumdung und Diffamierung ermöglichen

- Bundesratsinitiative gegen das Inkrafttreten des Selbstbestimmungsgesetzes und für eine verfassungsrechtliche Überprüfung

Ehrenamt stärken

Ohne das Ehrenamt wäre Hamburg ärmer. Sehr viele Hamburgerinnen und Hamburger engagieren sich ehrenamtlich für die Belange der Allgemeinheit. Wir sind ihnen dankbar. Viele Vereine leiden unter Personalmangel. Vorstände und ehrenamtliche Führungskräfte sehen sich häufig mit hohen, bürokratischen Anforderungen sowie Haftungsrisiken konfrontiert.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement in Hamburg verbessern, indem Fragen der Haftungsfreistellung oder Haftungsbegrenzung für Vorstände geklärt, Anforderungen an die Qualifizierung ehrenamtlich Tätiger in vertretbarem Rahmen gehalten und ehrenamtlich Engagierte bei der Erlangung notwendiger Qualifikationen unterstützt werden.

Ehrenamt braucht aber auch finanzielle Unterstützung und Anerkennung. Wir wollen deshalb die finanzielle Förderung des Ehrenamtes verbessern.

Unsere Ziele:

- Ausweitung der Hamburger Engagement-Karte, Rabatte auf z.B. Museumseintritte und kostenloses Deutschlandticket, kommunale Gratifikationen, Regelungen im Steuerrecht
- Verbesserung des Schutzes aller Ehrenamtlicher durch Integration in die gesetzliche Unfallversicherung, um sie bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten besser abzusichern.
- Klare Trennung von staatlichen Aufgaben und ehrenamtlichem Engagement, um Ehrenamtliche vor Überlastung zu schützen. Einführung von Aufwandsentschädigungen für Ehren-

amtliche, um soziales Engagement auch für Menschen mit niedrigem Einkommen zu ermöglichen

Neue Migrations- und Integrationspolitik

Das Grundrecht auf Asyl für verfolgte Menschen ist eine wichtige Errungenschaft nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs. Für dieses Grundrecht steht das Bündnis Sahra Wagenknecht ein. Allerdings sehen wir, dass aktuell nur ein bis zwei Prozent der in Deutschland ankommenden Zuwanderer Anspruch auf Schutz nach deutschem Asylrecht haben.

Eine gerechte Verteilung und Integration geflüchteter Menschen muss sich an der kommunalen Leistungsfähigkeit orientieren. Hamburgerinnen und Hamburger haben das Recht, über Umfang und Ausgestaltung legaler Migration mitzuentcheiden.

Wir werden eine neue Migrationspolitik verfolgen, die die Integration in den Mittelpunkt stellt und somit Akzeptanz schafft. Während der Staat Migration begrenzen muss, kann die Zuwanderung von Fachkräften bei echten Engpässen hilfreich sein.

Wer Zuflucht in unserem Land sucht, muss bereit sein, sich zu integrieren, unsere Sprache zu lernen und Arbeit zu leisten. Erste Voraussetzung für gelingende Integration ist, dass die Zahl der Zugewanderten sich in einem Rahmen bewegt, der unsere Gesellschaft nicht überfordert. Deshalb wollen wir die unkontrollierte Migration stoppen.

Wir wollen, dass Asylanträge an den EU-Außengrenzen und in Drittstaaten gestellt und entschieden werden und nur Schutzberechtigte in Deutschland Anspruch auf Unterstützung und soziale Leistungen haben.

Im Jahr 2023 waren über 200.000 Menschen als ausreisepflichtig registriert, knapp 50.000 davon hielten sich ohne Duldung im Bundesgebiet auf. Viele Menschen empfinden es als Staatsversa-

gen, wenn die Ausreise dieser Menschen nicht mit Nachdruck verfolgt wird. Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die sich systematisch darum kümmert, dass Ausreisepflichtige und Menschen ohne Aufenthaltsstatus das Land verlassen.

Das gilt insbesondere für all jene, die unser Gastrecht missbrauchen und sich gegen die Normen und Gesetze unseres Zusammenlebens und unsere freiheitliche Grundordnung stellen. Sie dürfen nicht länger staatlich alimentiert werden. Die zunehmende Kriminalität von Ausländern nehmen wir nicht hin. Straftäter müssen abgeschoben werden. Grundsätzlich muss gelten, dass nur Menschen bei uns bleiben können, die sich an Recht und Gesetz halten.

Wir fordern und fördern die Akzeptanz der Regeln des Grundgesetzes für ein friedliches Zusammenleben. Ein radikaler Islamismus, der die Scharia predigt, die Schaffung eines Kalifats in unserem Land herbeisehnt und den Hass auf unsere Kultur und unsere Werte schürt, hat in Deutschland und Hamburg nichts zu suchen.

Wir unterstützen die Einführung einer Bezahlkarte, um das Überweisen von deutschem Steuergeld ins Ausland und das Bezahlen von Schleusern zu erschweren.

Rassistischen und ausländerfeindlichen Strömungen stemmen wir uns mit voller Kraft entgegen und wollen solchen inakzeptablen Tendenzen in unserer Gesellschaft den Nährboden entziehen.

Verpflichtende Deutsch-Tests für alle Kinder ab drei Jahren

Wir fördern mehr Deutschkurse und wollen dazu das ehrenamtliche Unterrichten aufwerten. Sprachkenntnisse sind das A und O für eine gelingende Integration. Hier geht Migrationspolitik Hand in Hand mit Bildungspolitik: Wir fordern verpflichtende Deutsch-Tests für alle Kinder ab drei Jahren. Wird bei einem solchen Test ein Defizit festgestellt, muss der Besuch einer Kita verpflichtend sein.

Zugang zum Arbeitsmarkt als Voraussetzung für Integration

Eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Ausländische Qualifikationsnachweise sollen, wenn die Qualifikation mit deutschen Standards vergleichbar ist, bei Erfüllung der entsprechenden Bedingungen anerkannt werden. Danach können Arbeitsgenehmigungen zeitnah erteilt werden. Das führt zur Entlastung der Sozialsysteme und zur erleichterten Integration in die Gesellschaft. Gleichzeitig ist dies ein Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Es ist nicht akzeptabel, dass der Beschäftigungsanteil von Flüchtlingen in Deutschland deutlich niedriger ist als in vielen europäischen Ländern. Bereits während des Verfahrens sollten Asylbewerber einfache Tätigkeiten übernehmen und der Gesellschaft dadurch etwas zurückgeben.

Migration wird durch unhaltbare Zustände in vielen Staaten der Welt gefördert. Deutschland hat daran seinen Anteil. Eine Handels- und Wirtschaftspolitik, die andere Regionen der Welt ausbeutet und die Entwicklung vor Ort ver- oder behindert, treibt Menschen dazu, sich einen besseren Ort für ihr Leben zu suchen. Diese u.a. von der EU und Deutschland zu verantwortenden Treiber der Migration müssen abgeschafft werden. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, sein Glück zu Hause zu finden. Deshalb setzen wir uns auch für ein Ende der unmenschlichen völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik ein, z.B. gegen Afghanistan, Iran und Syrien.

Unsere Ziele:

- Wahrung des Grundrechts auf Asyl
- Stopp der unkontrollierten Migration
- Konsequentes Abschieben straffälliger Migranten
- Gewinnung ausländischer Fachkräfte, soweit erforderlich, durch bessere Anerkennung ausländischer Qualifikationsnachweise, solange die Ausbildung mit deutschen Standards

vergleichbar ist, mithilfe von zu entwickelnden Förderinstrumenten

- Migrationspolitik und Bildungspolitik aus einem Guss: Verpflichtende Deutschkurse und frühkindliche Sprach- und Bildungstests
- Gewährung des verfassungsrechtlich geforderten Existenzminimums für ausreisepflichtige Asylbewerber ausschließlich in Form von Sachleistungen und Anreize für eine schnelle Ausreise
- Beschleunigung des Asylanerkennungsverfahrens
- Keine Abschiebung bei erfolgreicher Integration
- Achtung des Kirchenasyls und des persönlichen Schutzes in Frauenhäusern

Leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung vor Ort

Hamburg ist eine große Metropole. In den Stadtteilen erleben die Menschen unmittelbar, was Freiheit und Demokratie bedeuten. Hier spüren sie, was gut läuft und müssen erdulden, was schlecht läuft. Gerade in den strukturschwächeren Stadtteilen sind die Probleme offensichtlich: Die öffentliche Infrastruktur wie z.B. Brücken, Straßen, Schulen und Schwimmbäder verfällt, Die Verwaltung wird mit immer mehr Aufgaben überfrachtet, was sie daran hindert, ihre Pflichtaufgaben schnell, effektiv und bürgernah zu erfüllen. Hier ist ein deutliches Umsteuern nötig. Wir brauchen Verwaltung dort, wo die Menschen leben: verfügbar, auch analog, und hilfreich.

Viele Menschen in den Stadtteilen am Rande Hamburgs haben das Gefühl, von der Entwicklung abgeschnitten zu sein. Sie fühlen sich in vielerlei Hinsicht benachteiligt und bleiben den Wahlen fern. Dies nehmen wir wahr und nehmen es ernst. Deshalb richten wir unseren Fokus darauf, das Zusammenleben und die Zukunftsfähigkeit aller Stadtteile zu entwickeln und zu fördern.

Senatshandeln mit Kompetenz und Kommunikation

Der Hamburger Senat muss sich als wichtigste und kreativste Ideenschmiede für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt verstehen. Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen, die vernünftige und gerechte, vor allem aber innovative Lösungsansätze und Konzepte erfordern.

Wir wollen den Interessen der großen Mehrheit der Bürger dienen, nicht denjenigen kleiner elitärer Minderheiten. Ein Vorgehen wie im CumEx-Skandal, bei der Grundstücksvergabe des Hamburg Towers (kurzer Olaf) oder beim Verkauf der HHLA-Hafenanteile an MSC geht in die entgegengesetzte Richtung. Für uns steht Hamburg im Mittelpunkt. Es braucht Kompetenz, Mut, Verantwortungsbereitschaft und Ideen von allen Seiten. Das bedeutet, dass wir offen für gute Ideen sind, auch wenn sie nicht von uns stammen. Für uns bedeutet es aber auch, dass Senatshandeln so kommuniziert wird, dass es die Menschen verstehen.

Für eine leistungsfähige Verwaltung, die ihre Bürger unterstützt

Unsere Verwaltung muss immer mehr mit immer weniger Personal leisten. Das wollen wir ändern und dazu beitragen, dass die Verwaltung von Bürgerinnen und Bürgern nicht länger als „Verhinderer“ wahrgenommen wird, sondern als „Möglichmacher“.

Wir bemessen erfolgreiches Verwaltungshandeln nicht an der Anzahl geahндeter Verstöße, sondern an der Anzahl und Geschwindigkeit erteilter Genehmigungen für Bürger und Unternehmen. Dazu müssen entsprechende personelle, technische und strukturelle Voraussetzungen gegeben sein. Dies ist bislang nicht ausreichend der Fall, unsere öffentliche Verwaltung wird häufig als nicht leistungsfähig und technisch veraltet erlebt.

Bei Behörden sind die Bearbeitungszeiten viel zu lang. Ein weiterer Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung wäre verantwortungslos und wird von uns nicht unterstützt: Ganz im Gegen-

teil, wir brauchen mehr Personal an den richtigen Stellen, z.B. in Schulen, Baudezernaten und der Justiz.

Der Arbeitsmarkt ist ein Wettbewerbsmarkt. Aktuell findet ein Wettbewerb um Arbeitskräfte statt. Deshalb müssen die Arbeits- und Gehaltsbedingungen im Öffentlichen Dienst so attraktiv werden, dass es für Bewerber wieder interessant ist, bei der Freien und Hansestadt Hamburg angestellt zu sein.

Eine umfassende Digitalisierungs- und Entbürokratisierungsstrategie ist dringend erforderlich. Bei der Umsetzung wollen wir die Erfahrungen anderer Bundesländer und unserer europäischen Nachbarn nutzen. Hamburg sollte zum digitalen Vorreiter in Deutschland werden. Zugleich ist eine gemeinsame Digitalisierungsstrategie aller Bundesländer notwendig.

Digitalisierung kann und soll aber nicht persönliche Ansprechpartner ersetzen, wo diese gebraucht werden. Zudem brauchen wir in allen Bereichen eine verständliche und barrierefreie Kommunikation.

Bei der Besetzung von Führungspositionen in den Behörden soll die Kompetenz entscheidend sein, nicht das Parteibuch.

Mehr Bürgernähe, weniger Bürokratie

Unser Land ächzt unter der Last unnützer Regelungen und Verordnungen. Dies müssen und werden wir ändern. Unverständliche, undurchsichtige, überholte, lebensfremde und investitionshemmende Vorschriften machen hilflos und wütend.

Der gesunde Menschenverstand darf nicht weiter in Regulierungswut und Bürokratie erstickt werden. Der vielfach anzutreffenden Kultur des Misstrauens gegenüber Bürgern, die sich häufig als lästige Antragsteller fühlen, begegnen wir mit einer massiven Entbürokratisierungsstrategie.

Die unterschiedlichen Bereiche der Verwaltung müssen gemeinsamen Zielen verpflichtet werden

und sich in den unterschiedlichen Fällen koordinieren, anstatt gegeneinander zu arbeiten.

Eine zu große Regelungsdichte wirkt sich nicht nur hemmend auf den Einzelnen aus, sondern auch auf unsere Unternehmen. Bürokratische Auflagen würgen die Wirtschaft in Hamburg ab. Eine Anfrage der BSW-Gruppe im Bundestag hat aufgedeckt, dass es deutschlandweit nie zuvor mehr Bürokratie und höhere Bürokratiekosten gab als unter der aktuellen Bundesregierung. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines Hamburger Normenkontrollrates ein, der als unabhängiges Expertengremium aus der Mitte der Gesellschaft benannt wird und dafür zuständig ist, Kosten und Auswirkungen neuer Gesetze in allen Bereichen einzuschätzen und Empfehlungen abzugeben.

Gesetze und Regelungen gibt es zur Genüge. Wichtig ist die Sinnhaftigkeit derselben. Es ist zu prüfen, ob die Anzahl der Gesetze und Regelungen bei gleicher Rechtssicherheit reduziert werden kann.

Weiterhin sollten die von der Hamburger Verwaltung verwendeten Anträge und Formulare besser verständlich gestaltet werden.

Unsere Ziele:

- Neue Kultur der Verwaltung – „Möglichmachen statt Verhindern“
- Hamburg soll digitale Vorreiterin in Deutschland werden
- Ein Tag pro Woche für offene Sprechstunden in allen Behörden
- Schaffung eines Normenkontrollrates

Gemeinschaft in der Stadt

Im Stadtteil sind die Menschen zu Hause. Hier wollen sie ein attraktives Wohnumfeld vorfinden. Dazu gehört eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur mit Sportstätten, Schwimmhallen, Schulen, Kitas und Grünflächen. Bürgerinnen

und Bürger wie auch Jugend und Senioren müssen Möglichkeiten haben, zusammenzukommen. Die lokalen Vereine brauchen Unterstützung. Wir wollen die Jugendförderung ausbauen und damit mehr attraktive Freizeitangebote schaffen. Jugendtreffs, Musik- und Kunstschulen sollen gefördert werden.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit setzt sich entschieden für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen Hamburgs ein. Wir setzen uns ein für eine Politik, die gleiche Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Wohnort sicherstellt und die Vielfalt Hamburgs würdigt.

Unsere Ziele:

- Unterstützung bei der Schaffung und Förderung von Begegnungsorten
- Ausbau der Jugendförderung – mehr Freizeitangebote für Jugend im Stadtteil

Sicherheit und Schutz der Menschen- und Bürgerrechte

Sicherheit ist die Grundlage für die Freiheit der Menschen in unserem Land und für das friedliche Zusammenleben. Wir stehen für eine vernünftige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Einen übergriffigen Staat lehnen wir ab, weshalb immer die Verhältnismäßigkeit der Mittel und die universelle Unschuldsvermutung gelten müssen. Jeder soll sich in der Öffentlichkeit frei entfalten können, ohne Angst vor Beobachtung und Überwachung.

Die Polizei soll bürgernah agieren und präventiv handeln. Sie muss im Bedarfsfall schnell verfügbar sein. Dazu muss die Polizei über eine angemessene Personalausstattung verfügen, vor allem im Streifen- und Ermittlungsdienst. Mehr Stellen, bessere Ausrüstung, die Verschlinkung von Verwaltungsstrukturen auch durch Digitalisierung machen unsere Polizei effektiver und effizienter.

Bürgerinnen und Bürger bemängeln allzu oft eine

mangelnde Polizeipräsenz und ein unzureichendes Sicherheitsgefühl im Alltag. Das muss sich ändern. Mehr Präsenz schafft mehr Sicherheit. Polizei und Rettungskräfte müssen personell, technisch und strukturell so ausgestattet werden, dass sie alle Aufgaben der Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung, Präventionsarbeit, Verkehrssicherheit etc. optimal lösen können.

Eine qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildung der Polizei ist Grundlage für ihr professionelles Handeln. Insbesondere verbesserte Konfliktdeeskalationsstrategien, psychologische Kenntnisse und interkulturelle Kompetenzen müssen in Zukunft mehr Berücksichtigung finden.

Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Kinder

Schutz vor Gewalt, vor allem für Frauen und Kinder, ist für uns ein wichtiges Thema. Wir werden die Gewaltprävention stärken sowie Frauenhäuser und andere Strukturen, in denen Betroffene Hilfe suchen, besser unterstützen. Frauen und Kinder sollen wohnortnahe Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt finden. Wir wollen ausreichend Frauenhäuser vorhalten.

Stärkung von Feuerwehr, DLRG, Katastrophenschutz und Rettungsdienst

Im Bereich der Notfallhilfe setzen wir uns für eine gute Ausstattung, optimale Qualifikation und breite Würdigung des Engagements der Einsatzkräfte ein. Wir verfolgen eine Null-Toleranz-Politik bei Angriffen gegen die Polizei und Rettungskräfte. Wer Polizei- und Rettungskräfte behindert oder angreift, muss konsequent bestraft werden. Ermittlungsbehörden und Gerichte müssen personell und technisch in der Lage sein, die bestehenden Gesetze anzuwenden.

Unsere Ziele:

- Bekämpfung von rechtsfreien Räumen: Sichtbarkeit der Polizei erhöhen, auch in ärmeren Teilen Hamburgs. Der Rechtsstaat muss für alle da sein und nicht nur für die, die es sich leisten können

- Eine bürgernahe und gut ausgestattete Polizei, die überall, aber insbesondere in den sozialen Brennpunkten, sichere Straßen, Plätze und Parks für alle Bürger gewährleistet
- Bessere Beleuchtung und Einsehbarkeit der öffentlichen Plätze und Grünanlagen
- Mehr Gewicht auf der Vermittlung von De-eskalationsstrategien und psychologischen Kenntnissen in der Aus- und Fortbildung
- Mehr Stellen, bessere Ausrüstung, angemessene Besoldung und exzellente Aus- und Fortbildung
- Verschlankung von Verwaltungsstrukturen und Digitalisierung unter Mitarbeit der Beteiligten

Justiz und Verbraucherschutz

Der Politikansatz des Bündnisses Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit ist es, die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Mittelpunkt zu stellen. Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf gerechte und zügige Gerichtsverfahren. Die Verwaltung soll eine effiziente, nachvollziehbare und bürgerfreundliche Umsetzung der Gesetze im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und nicht gegen diese bewirken. Deshalb wollen wir Justiz und Verwaltung im Interesse der Bevölkerung und der Mitarbeiter in Justiz und Verwaltung reformieren.

Die Gesetze und Vorschriften sind zu umfangreich und in der Regel für juristische Laien kaum verständlich. Gesetze sollen anwendbar und durchdacht sein und nicht permanent verändert werden.

Unabhängige Staatsanwaltschaft

Staatsanwälte in Deutschland unterstehen der Behörden- und Ministerialhierarchie. Somit kann z.B. der Justizsenator Einfluss auf die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft nehmen. Hierdurch wird die Gewaltenteilung untergraben. Das

BSW wird sich dafür einsetzen, dass Hamburg im Bundesrat die Abschaffung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft vorantreibt.

Verbraucher- und Rechtsschutz

Da eine gute Rechtsberatung keine Frage des persönlichen Geldbeutels sein darf, setzen wir uns für eine Überarbeitung und Aktualisierung des Zugangs zu einer guten Rechtsberatung in allen Stadtteilen als Leistung der Daseinsvorsorge auch für Menschen mit kleinem Einkommen ein. Die Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA) muss dringend gestärkt werden, vor Ort erhalten bleiben und leichter – auch nicht digital – zugänglich sein.

Wir wollen die Arbeit der Verbraucherzentrale Hamburg stärken, die für Verbraucherinnen und Verbraucher wichtiger ist denn je. Ihre niedrigschwellige Beratung wollen wir flächendeckend ausbauen. Auch die Beratung zum Schutz der Mieter, des eigengenutzten Wohneigentums und die Schuldnerberatung wollen wir weiter fördern.

Nachwuchs für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug

In den nächsten Jahren gehen viele Richter und Staatsanwälte sowie Rechtsanwälte und Notare in den Ruhestand. Unverzögliches Handeln ist dringlich. Um die Nachwuchsgewinnung zu ermöglichen, wollen wir die juristischen Ausbildungsmöglichkeiten, Studienplätze und Plätze für Referendare ausweiten. Die Anforderungen für die Übernahme als Richter oder Staatsanwalt müssen realitätsnäher gesetzt werden. Ohne wesentlich mehr Personal wird die Justiz als Arbeitgeber nicht attraktiv und nicht entlastet. Die Ausbildung für die Angestellten und Beamten in der Justiz bedarf dringend einer Überarbeitung.

Schnellere Konsequenzen bei Rechtsverstößen

Gerade im Strafrecht muss auf die Tat schnellstmöglich eine ausgeurteilte Strafe und deren Vollstreckung folgen. Es darf nicht sein, dass Verfahren eingestellt werden, weil sie nicht fristgerecht abgearbeitet werden können.

Belastungen im Strafvollzugsdienst verringern

Wer im Strafvollzugsdienst arbeitet, sorgt für die Sicherheit von uns allen und verdient unseren besonderen Respekt. Wir wollen die Belastung durch mehr Personal verringern und frühzeitig um Nachwuchs werben. Wir wollen, dass IT-Systeme und Konzepte länderübergreifend einheitlicher werden, um die Effektivität zu steigern und das Personal zu entlasten.

Strafvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe. Private Betreiber und private Sicherheitsdienste in Gerichten und Justizvollzugsanstalten lehnen wir ab.

Unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsgesetzes betonen wir für den Strafvollzug: Der Schutz der Frauen hat Vorrang vor der Selbstidentifikation von männlichen Straftätern.

Prävention nachhaltig stärken

Von herausragender Bedeutung ist für uns eine früh ansetzende und umfassende Kriminalprävention. Sie muss das Ziel haben, Kinder und junge Menschen zur Übernahme von Verantwortung für ihr Handeln zu erziehen.

Kriminalität bekämpfen

Hamburg als Metropole mit Hafen und vielen wachsenden sozialen Brennpunkten ist ein Schwerpunkt der Kriminalität. Der Hafen mit Drogen- und Waffenhandel, das Rotlichtviertel mit Prostitution und Menschenhandel sowie weitere Problemviertel stellen die Polizei vor zunehmende Herausforderungen. Sowohl die organisierte Kriminalität als auch die Jugendkriminalität steigen immer weiter an. Nur mehr Präsenz und Kontrollen durch Polizei und Zoll sowie zügige und konsequente Strafverfolgung können dem entgegenwirken.

Nicht tolerierbar ist der laxer Umgang mit Wirtschafts- und Finanzkriminalität (Stichwort CumEx). Lediglich 0,8 Prozent aller Straftaten sind Wirtschaftsstraftaten, die jedoch 50 Prozent des Gesamtschadens ausmachen (2018).

Die kulturellen Veränderungen in der Gesellschaft führen zu häufigerer Konfrontation mit Gewalt, wachsender Vereinzelung und schwindendem Sozialverhalten. Dies verlangt eine Überarbeitung der Strafgesetzgebung. Dafür wollen wir uns im Bundesrat einsetzen.

Resozialisierung und Integration fördern

Nach Verbüßung einer Haftstrafe ist die Resozialisierung für die weitere Entwicklung straffällig Gewordener entscheidend. Wir brauchen die Schaffung eines funktionierenden Entlassungsmanagements aus den Hamburger Haftanstalten, welches die Resozialisierung fördert, mit dem Aufbau eines Netzwerkes und Kooperationen.

Versorgung von psychisch kranken Straftätern

Schwer psychisch kranke Straftäter gehören nicht ins Gefängnis, sondern zur Behandlung in ein psychiatrisches Krankenhaus. Hierdurch werden auch die durchaus bestehenden Gefahren für die Allgemeinheit reduziert. In der Untersuchungshaft Hamburg sind weiterhin schwer psychisch kranke Straftäter untergebracht. Die Aufgabe der Strafvollzugsbeamten kann nicht die Betreuung psychisch Kranker sein. Dies belastet sie übermäßig und hilft auch den Kranken nicht.

Drogen bekämpfen – nicht die Abhängigen

Die Gesellschaft scheitert zunehmend daran, psychisch kranke und drogenabhängige Menschen angemessen zu versorgen. Die Justiz wird zum Auffangbecken für Versäumnisse an anderer Stelle. Würden diese Menschen rechtzeitig und umfassend behandelt, könnten wir Straftaten verhindern.

Um Abhängigkeitserkrankte aus der Sucht herauszuführen, muss immer ein Angebot zur Behandlung erfolgen. Nur durch entsprechende rehabilitative und präventive Maßnahmen wird die Drogenkriminalität wirksam bekämpft. Durch repressive Maßnahmen allein wird die Drogenszene am Hamburger Hauptbahnhof nicht zu beruhigen sein, sondern sich nur in andere Stadtteile verlagern.

Unsere Ziele:

- Besetzung des Senatspostens Justiz mit einer fachlich qualifizierten Kraft
- Ein Sofortprogramm für die Sanierung der Justiz mit entsprechender finanzieller und personeller Ausstattung und vor allem auch ein Ausbau der in den Hamburger Haftanstalten tätigen Beschäftigten, die am Haftinsassen arbeiten, im Zusammenhang mit einem Personalabbau in der Verwaltung und einem Abbau von Bürokratie, die sich demotivierend auswirkt. Ziel ist die Auflösung des Verfahrensstaus und zügige Bearbeitung der Verfahren sowie schnellere Vollstreckungen im Strafrecht
- Stärkung des Personals in Strafverfolgung und Justiz durch bessere Bezahlung und Nachwuchssicherung
- Sicherung und Ausbau der Öffentlichen Rechtsauskunft
- Früher ansetzende Kriminalprävention unter Einbezug von Schulsozialarbeitern und einer besseren Verankerung von Justiz-Themen in der Schule
- Verbesserung der suchtmmedizinischen Versorgung in Hamburg



Gerechtigkeit

Seit Jahren wächst in unserem Land die Ungleichheit. Millionen Menschen arbeiten hart, um sich und ihren Familien ein gutes Leben zu ermöglichen. Sie sind es, die unsere Gesellschaft

am Laufen halten und einen Großteil der Steuern zahlen. Statt dafür den gebührenden Respekt und soziale Sicherheit zu erhalten, ist ihr Leben in den zurückliegenden Jahrzehnten unsicherer und schwerer geworden. Viele kommen trotz Vollzeitjob mit ihrem Einkommen kaum noch über den Monat. Das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft gilt nicht mehr.

Millionen ältere Menschen können nach einem langen Arbeitsleben ihren Ruhestand nicht genießen, weil ihre Renten, auf die sie oft noch Steuern zahlen müssen, demütigend gering ausfallen. Wohnungen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen und viele andere wichtige gesellschaftliche Einrichtungen wurden und werden an Renditejäger verschербelt.

Wir wollen den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder am Gemeinwohl ausrichten. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit. Unser Land braucht einen zuverlässigen Sozialstaat, der Zukunftsängste abbaut und vor einem sozialen Absturz im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit und im Alter schützt. Wir möchten Hamburg im Rahmen seiner Selbstverwaltung wieder in die Lage versetzen, kommunale Sozialpolitik auch über die gesetzlichen Pflichtaufgaben hinaus zu organisieren und zu finanzieren. Die Kommerzialisierung existenzieller Dienstleistungen, etwa in den Bereichen Gesundheit, Pflege oder Wohnen, muss gestoppt werden, öffentliche oder gemeinnützige Anbieter sollten in diesen Branchen Vorrang haben.

Unsere Politik orientiert sich am Gemeinwohl – und das werden wir für Hamburg mit einem neuen Politikansatz erreichen.

Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen gesellschaftlichen Entwicklung. Dazu gehören frühkindliche Erziehung, Schule, Hochschule und Erwachsenenbildung.

Es braucht mehr Lebensnähe in der Bildung. Damit Schule ein Ort sein kann, an dem nicht nur Wissen, sondern auch Fähigkeiten und Fertig-

keiten vermittelt werden, die Orientierung und Halt fürs Leben geben, braucht es mehr Geld im Bildungssystem und eine Fokussierung auf Lehrerbildung und deren Unterstützung. Wir wollen, dass unsere Kinder nicht pauken, sondern denken lernen und einen guten Start in das Leben nach der Schule haben. Dafür bedarf es einer Reform des Bildungssystems.

Bildung ist Zukunft

Unser Bildungssystem genügt weder im internationalen Vergleich den notwendigen Anforderungen, noch bereitet es unsere Kinder wirklich auf das Leben vor. Das wollen und müssen wir ändern!

Die Wirtschaftskraft unseres Landes, und damit auch der Wohlstand und das Sozialsystem, baut auf der Arbeit von (hoch-)qualifizierten Arbeitskräften auf. Unsere Kinder, unsere Jugendlichen haben das Potential, diese Fachkräfte der Zukunft zu sein.

Mehr Lebensnähe in der Bildung

Lesen, Schreiben und Rechnen sowie die Regeln der deutschen Sprache nach Duden sind Grundkompetenzen, die jedes Kind nach der Grundschule beherrschen soll.

Handwerker braucht das Land. Wir wollen, dass in der Schule ein fundiertes und anwendungsbereites Wissen vermittelt wird. Dies gilt insbesondere für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer (MINT). Außerdem sollen Kenntnisse über handwerkliche Berufe und Perspektiven vermittelt werden, z.B. mit praktischem Unterricht und Berufsorientierung. Bildungssektorin oder Bildungssektor soll werden, wer langjährige Berufserfahrung im Bereich Bildung oder Wissenschaft vorweisen kann.

Digitale Fähigkeiten sind wichtig, in der Grundschule soll jedoch das analoge Lernen im Vordergrund stehen. Handys und Tablets, die den Wissenserwerb nachweislich erschweren, werden wir aus der Schule verbannen.

Ausreichende Deutschkenntnisse sind die Basis für erfolgreiches Lernen. Wir fordern bei etwaigen Defiziten einen verpflichtenden Kita- oder Vorschulbesuch. Die sprachliche Förderung muss sowohl in den Kindergärten als auch in den Schulen qualitativ und quantitativ besser werden.

Unsere Kinder sollen länger gemeinsam und vor allem lebensnah und lebensvorbereitend lernen. Den Schulformenwechsel nach Klassenstufe 4 halten wir für verfrüht.

Damit Kinder zu allumfassend gebildeten Menschen werden können, die mit Mut, Lust und Kreativität Zukunftsaufgaben anpacken, wollen wir durch schulische und außerschulische Angebote auch das kreative Lernen sowie die Ausprägung handwerklicher, künstlerischer und musischer Fertigkeiten fördern.

Wir fordern ein kostenloses gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen für alle Schüler. Gute Schule braucht gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer! Wir fordern die Einführung eines verbindlichen Lehrplans für das Studium in allen didaktischen Fachbereichen, der auf das Tätigkeitsspektrum des Lehrerberufs ausgerichtet ist.

Lehrerinnen und Lehrer sollen in erster Linie unterrichten. Wir treten dafür ein, dass Schulverwaltung, Schulen und deren Personal durch eine einheitliche Schulverwaltungs- und Planungssoftware von unnötiger Verwaltungsarbeit entlastet werden.

Wer im Erziehungs- und Bildungsbereich arbeitet, verdient unsere Wertschätzung und Unterstützung.

Wir setzen auf inklusive Bildung, die dem in der UN-Behindertenrechtskonvention formulierten Anspruch genügt. Dazu muss genügend Personal zur Verfügung gestellt werden, um die Integration von Kindern mit Beeinträchtigung in reguläre Schulklassen zum Vorteil aller Schüler zu ermöglichen. Inklusive Schulbildung braucht bessere Voraussetzungen, damit Jugendliche mit Behinderung einen guten Start ins Berufsleben haben und ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung muss der Erwerb praktischer Digital- und Medienkompetenz nach der Grundschule einen stärkeren Stellenwert bekommen. Hierzu bedarf es neuer Lehr- und Lernkonzepte sowie einer zeitgemäßen technischen Ausstattung.

Wir brauchen Kitas und Vorschulen, die den Eltern die Freiheit für eine berufliche Laufbahn geben. Berufstätigen Eltern dürfen keine Nachteile entstehen. Dazu bedarf es eines guten Betreuungsangebotes und der Chancengleichheit für alle Kinder. Hierzu fordern wir kleinere Gruppen und einen besseren Personalschlüssel.

Unsere Ziele:

- Mehr Sprachförderung zur Vorbereitung auf die Schule und in der Schule
- Alle Kinder sollen mit dem Verlassen der Grundschule wieder sicher lesen, schreiben und rechnen können
- Fokus der Grundschule auf analoges Lernen und die Regeln der deutschen Sprache
- Wir fordern ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen für alle Schüler
- Mehr Personal in Kitas, Schulen und Hochschulen, um einen planmäßigen Unterricht ohne übermäßigen Stundenausfall sowie erfolgreiche inklusive Bildung gewährleisten zu können.
- Handys und Tablets werden wir aus der Schule verbannen.

Hochschule und Wissenschaft

29 Hochschulen mit insgesamt 120.000 Studierenden – über 40.000 allein an der Exzellenzuniversität Hamburg – tragen maßgeblich zur wissenschaftlichen Strahlkraft der Stadt und ihren Forschungsergebnissen bei. Diese Zukunftskraft gilt es in guter hanseatischer Tradition zu erhalten und zu stärken – und dafür wollen wir

jetzt die Weichen stellen.

Hochschulen gehören zu den großen Arbeitgebern in Hamburg. Mit ihnen ist ein direkter Beschäftigungseffekt verbunden. Indirekt profitiert die lokale Wirtschaft durch Investitionen, Innovationen und den Zuzug von Studierenden, die Hamburgs Position als internationale Wissenschaftsmetropole stärken.

Wir stehen entschieden für Wissenschaftsfreiheit als Grundpfeiler einer aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft. Die Suche nach den besten Antworten verlangt den Widerspruch. Das Gegenteil wird erreicht, wenn heute Wissenschaftler fürchten müssen, aufgrund unpopulärer oder kontroverser Ergebnisse aus dem Wissenschaftsbetrieb ausgeschlossen zu werden.

Das durch Forschung gewonnene Wissen soll leicht zugänglich sein und für praktische Anwendungen nutzbar gemacht werden. Daher begrüßen wir eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Wissenschaftsstandort Hamburg soll ein Symbol für verantwortungsvolle Wissenschaft und friedliche Innovation sein. Wir bekennen uns zu einer Zivilklausel, die sicherstellt, dass Forschung und Lehre in Hamburg konsequent auf zivile und friedliche Ziele ausgerichtet bleiben. Aktuelle Tendenzen auf Bundesebene, die eine stärkere Verzahnung von ziviler und militärischer Forschung anstreben, lehnen wir entschieden ab. Forschungseinrichtungen wie DESY, ein Aushängeschild für exzellente Grundlagenforschung, dürfen keine Grundlage für militärische Anwendungen bieten. Hamburg soll vielmehr ein Symbol für verantwortungsvolle Wissenschaft und friedliche Innovation sein, die ausschließlich dem Wohle der Gesellschaft dient.

Demokratie und Autonomie schließen sich in Hochschulen nicht aus – sie ergänzen sich. Hochschulgremien müssen gegenüber den Hochschulleitungen gestärkt werden, um Transparenz und demokratische Mitbestimmung zu gewährleisten.

Für exzellente Forschung und Lehre setzen wir auf optimale finanzielle und personelle Ausstattung. Wir fördern Hochschulen nach Qualität, Relevanz und zeitgemäßen Vergabekriterien, nicht allein nach Studentenzahlen oder Impactfaktoren. Erscheinungsformen wie hohe Abbrecherquoten, Bulimie-Lernen oder verschultes Multiple-Choice-Lernen sind Symptome für eine verfehlte Hochschulpolitik. Die Lehre ist dringend verbesserungswürdig. Hier darf es kein Tabu geben und auch die Bologna-Reform als Haupttreiber dieser Entwicklung bedarf einer dringenden Überprüfung. Wir setzen uns für eine verbesserte Grundfinanzierung ein, um die Lehre mit der Vielfalt des Studienangebots zu sichern und die Abhängigkeit von Drittmitteln zu reduzieren. Dies ist eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Deshalb müssen Forschungen auch jenseits der Interessen von Unternehmen oder anderen (Lobby-)Gruppen finanziert werden.

Dass noch immer vor allem die soziale Herkunft bestimmt, wer in Deutschland studieren kann, ist ein Skandal. Ein Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. In Hamburg ist bezahlbarer Wohnraum für Studenten knapp, die Lebenshaltungskosten sind außergewöhnlich hoch. Hier besteht enormer Handlungsbedarf – Stichwort BAföG, flexible Studienfinanzierung, Wohnheimplätze. Studenten mit Kindern benötigen ebenso gezielte Förderung wie solche mit Behinderung und anderen komplexen Lebenslagen.

Talente und wissenschaftlicher Nachwuchs brauchen Förderung und soziale Sicherheit durch tarifgebundene Arbeitsverträge in Vollzeit mit Mindestlaufzeiten von einem Jahr. Wir fordern mehr unbefristete Assistenzstellen sowie einen Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte. Wir regen eine grundlegende Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) an, um planbare langfristige Karrieren in Forschung und Lehre zu ermöglichen.

Unsere Ziele:

- Grundfinanzierung der Unis erhöhen für mehr Lehre und Vielfalt bei den Studienangeboten

sowie der Förderung der Forschung

- Verbesserung der Lehre bis hin zur Überprüfung der Bologna-Reform
- BAföG entbürokratisieren und flexible Studienfinanzierung
- Attraktive Arbeitsbedingungen mit planbaren Karrieren in Wissenschaft und Lehre
- Stärkung der Wissenschaftsfreiheit
- Autonomie der Hochschulen bei transparenter und demokratischer Mitbestimmung aller Beteiligten
- Umsetzung einer Zivilklausel und mehr Transparenz bei der Drittmittelvergabe

Kultur und Sport

Das BSW steht besonders für die Förderung der Stadtteilkultur und des Breitensportes, auch um Talente in der Hochkultur und dem Leistungssport entdecken und entwickeln zu können.

Sparmaßnahmen in diesen Bereichen sind gesellschaftspolitisch kontraproduktiv, da Kultur und Sport für die Entwicklung des Menschen und seines Platzes in der Gesellschaft, für das Zusammenleben und das Miteinander sowie die Integration entscheidend sind.

Kultur für alle

Kultur als Medium umfasst alle Aspekte, die eine komplexe heterogene Gesellschaft ausmachen. Der Staat hat die Aufgabe und die Pflicht, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, nach dem Motto: Kultur für alle und von allen.

Unsere Ziele:

- Förderung Hamburger Künstlerinnen und Künstler durch Vereinfachung der unterschiedlichen Förderwege und Einrichtung einer Anlaufstelle für Kulturschaffende, die

durch den Förderdschungel hilft

- Förderung hamburgspezifischer Einrichtungen, insbesondere auch derjenigen, die das Potential für internationale Anziehungskraft haben
- Weltoffenheit, Toleranz und Völkerverständigung sind zu fördern, gerade in Zeiten globaler Unsicherheit und Krisen
- Wir wollen Städte- und Parlamentspartnerschaften fördern sowie neue Städtepartnerschaften mit Ländern des „Globalen Südens“ initiieren. Die ruhenden Partnerschaften zu St. Petersburg und Kaliningrad wollen wir wiederbeleben
- Wir unterstützen eine intensive Vernetzung der Kulturinstitutionen mit den Schulen und Jugendzentren

Sport

Sport soll einen ebenso festen Platz im Schulalltag einnehmen wie die Vermittlung grundlegender Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Bewegung soll als etwas Positives und Essenzielles für ein gesundes Leben erfahren und verstanden werden.

Unsere Ziele:

- Die Förderung und Weiterentwicklung des Sportes, der sportlichen Einrichtungen und des Ehrenamtes im Sport haben für das BSW eine hohe Priorität. Das gilt gleichermaßen für den Breitensport, den Parksport und den Leistungssport
- Notwendig sind der Ausbau und die Verbesserung der Sportinfrastruktur. Marode Sporthallen und -flächen sowie Schwimmbäder müssen zügig saniert werden. Es müssen genügend Hallen- bzw. Wasserzeiten für alle Grundschulkinder zur Erlangung der Schwimmfähigkeit zur Verfügung gestellt werden

- Eine stabile, langfristige und auskömmliche Sportförderung
- Förderung der Vereine und Institutionen mit dem Ziel der leistungsgerechten Bezahlung von Trainerinnen und Trainern
- Bedarfsgerechte Sportangebote für alle Altersgruppen
- Vernetzung von Sportvereinen mit Schulen und Jugendzentren
- Wir wollen eine kostenfreie digitale Plattform, über die Sportvereine verfügbare Hallen buchen können
- Freier Eintritt in Schwimmbäder für Kinder und Schüler sowie soziale Eintrittspreise

Gesundheit und Pflege

Das deutsche Gesundheitssystem ist eine Zweiklassenmedizin, die überwunden werden muss. Es kann nicht sein, dass Kassenpatienten oft monatelang auf einen Facharzttermin warten müssen und Arztpraxen aufgrund der Honorarordnungen Privatpatienten bevorzugt behandeln, um kostendeckend arbeiten zu können.

Die Gesundheitsversorgung und Pflege von Menschen dürfen nicht dazu dienen, Rendite zu erwirtschaften. Die Fehler der vergangenen Regierungen müssen korrigiert werden, indem der Staat seiner Fürsorgepflicht vollumfänglich nachkommt. Profitorientierung hat nichts im Gesundheitssystem zu suchen. Gewinnmaximierung gehört für das BSW nicht zur Medizin. Grundsätzlich ist genügend Geld im System vorhanden, die Krankenkassenbeiträge dürfen daher in den kommenden Jahren nicht erhöht werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Zahl der Krankenkassen deutlich zu reduzieren. Fast 100 gesetzliche Krankenkassen, die bis auf marginale Unterschiede dieselben Leistungen erbringen, kosten viel Geld für Verwaltungsaufgaben, das woanders benötigt wird.

Das DRG-System und die beschlossene Krankenhaus-Reform schaden den Patienten und Pflegebedürftigen ebenso wie den Beschäftigten im Gesundheitssystem.

Das BSW fordert eine bundesweite Gesundheitsreform, konkret:

- Eine verbindliche Personalausstattung in Gesundheitsberufen
- Eine Aufwertung und zukunftssichere Gestaltung von Gesundheitsberufen
- Patientenorientierung nach medizinischem Bedarf statt Kostendruck im Gesundheitssystem
- Abhängigkeiten und Engpässe in der Medikamentenversorgung überwinden durch standortnahe Bevorratung bzw. Produktion von versorgungsrelevanten Medikamenten

Eine Rekommunalisierung der Krankenhäuser und ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitssystem sind notwendig.

Die Länder sind verantwortlich für die Infrastruktur der Kliniken. Es kann nicht sein, dass die Unikliniken als Vorzeigeobjekte dienen, die Länder aber mit den Neubaukosten überfordert sind.

Wir wollen die weitere Übernahme von Kassensitzen durch institutionelle Investoren mit Renditeerwartung verhindern. Hier sind die Kassenärztlichen Vereinigungen gefordert, verbindliche Regelungen zu entwickeln, die Berufsangehörigen, auch als Gemeinschaft, prinzipiell Vorrang vor externen Investoren geben und auch den Erwerb frei werdender Kassensitze für Berufsangehörige zu angemessenen Konditionen ermöglichen.

Die Altersstruktur der niedergelassenen Ärzteschaft wird die ambulante Versorgung in einigen Jahren auch in Großstädten vor große Herausforderungen stellen. 40 Prozent der Ärzte sind älter als 60 Jahre und werden in absehbarer Zeit in Rente gehen. Gute Arbeitsbedingungen für

Ärzte und Praxispersonal sind essenziell, um ein gesundes Arbeits- und Familienleben für diese zu gewährleisten und so dem fortschreitenden personellen Rückgang entgegenzuwirken.

Wir wirken auf eine leistungsgerechte Bezahlung für das Gesundheitspersonal in allen Bereichen hin, gemessen an seiner gesellschaftlich definierten Relevanz. Tarifverträge für Gesundheitspersonal müssen flächendeckend verankert werden.

In unseren Kliniken und Pflegeeinrichtungen arbeitet das Personal seit Jahren über dem Limit. Das BSW fordert dringend eine Entlastung des Personals, um die massive Personalflucht zu stoppen. Hierzu gehört auch die Förderung von Ausbildung, Fort- und Weiterbildung. Ebenso muss bezahlbarer Wohnraum für Gesundheitspersonal geschaffen werden.

Die wegen des Fachkräftemangels angeworbenen ausländischen Pflegekräfte benötigen zudem weitreichende Angebote zur dauerhaften Integration.

Wir wollen medizinische Einrichtungen in strukturschwachen Stadtteilen fördern. Dies kann durch Entbudgetierung und die Einrichtung von Zentren für die ambulante Versorgung realisiert werden, die von der Kassenärztlichen Vereinigung insbesondere in den Hamburger Randgebieten betrieben werden.

Wir drängen auf eine Anpassung der KV-Kassensitze an den tatsächlichen Bedarf, zum Beispiel von Kinder- und Jugendärzten.

Bezahlbare Pflege

Schon jetzt ist das Leben für Pflegebedürftige teuer. Ein pflegebedürftiger Mensch zahlt in Hamburg seit dem ersten April 2024 durchschnittlich ca. 2200 € mtl. für einen Platz im Pflegeheim. Seit Jahren steigen die Beiträge. Wir setzen uns für eine bezahlbare Pflege ein, denn Pflegebedarf darf nicht in die Armutsfalle führen.

Im Jahr 2023 waren in Hamburg über 90.000 Menschen pflegebedürftig. Davon leben 15.530

Menschen in Pflegeeinrichtungen. Laut Prognose des Statistischen Bundesamtes vom März 2023 könnte sich die Anzahl Pflegebedürftiger in Hamburg bis zum Jahr 2055 um rund 46 Prozent erhöhen. Wir brauchen daher in der Stadt Hamburg eine „Zukunftsoffensive Pflege und andere Gesundheitsberufe“ und schon heute dringend mehr Pflegeheimplätze.

Notwendig sind insbesondere gute Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige und deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen. Erst wenn sich die Arbeitsbedingungen grundlegend verbessern, werden sich Menschen wieder für Pflege- und andere therapeutische Berufe interessieren oder in den Beruf zurückkehren.

Wir setzen uns für eine sachgerechte Bemessung und Umsetzung des Personalschlüssels in allen Einrichtungen ein. Auch Pflegeeinrichtungen sollen sich am Gemeinwohl orientieren und nicht der Gewinnoptimierung unterworfen sein. Das gilt sowohl für öffentliche als auch für private Träger. Der Bedarf an Pflegeeinrichtungen und Trägern der häuslichen Pflege in strukturschwachen Stadtteilen muss stärker ermittelt und gedeckt werden.

Hamburg benötigt neue sowie einen Ausbau bestehender Anreize zum Erlernen und Ausüben von Gesundheitsberufen

Ebenso notwendig ist die Ausweitung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Wir benötigen in allen Gesundheitseinrichtungen eine bessere Fehlerkultur und einen angstfreien Umgang mit Fehlern und Kritik.

Barrierefreiheit und Inklusion

Das BSW bekennt sich zur UN-Behindertenrechtskonvention und setzt sich für eine beschleunigte Umsetzung in Hamburg ein.

Wir wollen eine barrierefreie, inklusive Stadt. Dies bedeutet, dass Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen mit ihren Handicaps, aber

auch Fähigkeiten wahrgenommen werden. Wir brauchen Angebote für barrierefreien, bezahlbaren Wohnraum und einen nicht diskriminierenden Zugang zum Arbeitsmarkt. Öffentliche Unternehmen müssen hier Vorbild sein.

Momentan haben wir eine Situation, in der unter ein Prozent derer, die in einer Behindertenwerkstatt angestellt sind, den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt schaffen. Unser Ziel ist es, deutlich mehr Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Hierfür müssen Arbeitgeber besser beraten und unterstützt werden im Umgang mit den unterschiedlichen Einschränkungen und Fähigkeiten behinderter Menschen.

Die Vermittlung und Förderung der Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt soll durch Bürokratie- Abbau, Coaching, enge Betreuung und durch geeignete Fachkräfte gestärkt werden. Der Fokus sollte hierbei auf Fähigkeiten, nicht auf Defiziten liegen. Bei der konkreten Umsetzung dieser Maßnahmen setzen wir auf den Austausch mit Initiativen und Experten zum Thema Inklusion.

Die regelmäßige Wartung und Instandhaltung der Infrastruktur für Barrierefreiheit in Hamburg muss vom Betreiber sichergestellt sein. Wir brauchen eine zentrale Meldestelle zur Erfassung und Organisation bestehender Probleme sowie Funktionseinschränkungen von Einrichtungen der Barrierefreiheit.

Gesundheitsvorsorge

Wir legen Wert auf eine umfassende Gesundheitsvorsorge bei Kindern. Dazu gehört die regelmäßige, halbjährliche Kontrolle des Zahnstatus ab Eintritt in die Kita, Vorschule oder Schule, bei Bedarf bis zum Ausscheiden bei Schulabschluss.

Wir sind für einen späteren Beginn des Schulunterrichts, um dem Biorhythmus von Kindern und Jugendlichen besser gerecht zu werden.

Zu unseren Zielen gehören die verstärkte Förde-

zung von Ganztagschulen sowie die flächendeckende kostenlose Bereitstellung von qualitativ hochwertigem Schulessen bzw. Zwischenmahlzeiten. Kochunterricht in der Schule und Ernährungsschulung schon in KITAs sowie täglicher Sportunterricht dienen der langfristigen Gesundheitsvorsorge und sollen gefördert werden.

Wir setzen uns für ein Verbot von Smartphones in allen Kindertagesstätten und Grundschulen in Hamburg ein.

Chronische Einsamkeit grenzt Menschen nicht nur aus der Gesellschaft aus, sie ist lebensbedrohend. Vor allem im Alter beschleunigt sie Demenz und ist ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko. Wir setzen uns für Maßnahmen ein, die die Hamburger Bürgerinnen und Bürger vor dem Abrutschen in chronische Einsamkeit bewahren oder helfen können, wieder heraus zu finden. Dazu gehören u. a. Förderung bestehender und die Unterstützung neuer Nachbarschaftsinitiativen sowie neue Treffpunkt-Angebote für betroffene Menschen.

Auch in Hamburg leben noch immer Menschen ohne Krankenversicherungsschutz. Ihre Versorgung muss sichergestellt sein.

Unsere Ziele:

- Prävention als ein wichtiger Bestandteil des Hamburger Gesundheitssystems
- Fachärztliche, ambulante Versorgung in gut erreichbaren KV-Versorgungszentren
- Der Ausbau von Bildungsmaßnahmen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Gesundheitsberufe sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Eine individuell ausgerichtete Versorgung Pflegebedürftiger
- PFLEGEN & WOHNEN zurück in öffentliche Hand.
- Gesundheitsbildung bei Kindern, Ernährungs-

kompetenz flächendeckend bereits im Vorschulalter vermitteln

- Maßnahmen gegen chronische Einsamkeit

Soziale Politik ist ein Kernanliegen des BSW.

Wir wollen den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder am Gemeinwohl ausrichten. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit

Gerechte und armutsfeste Renten für ein würdevolles Leben im Alter

Wir fordern ein Rentensystem nach dem Vorbild Österreichs, wo die Renten im Schnitt 800 Euro pro Monat höher sind. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, auch Politiker, Selbstständige und Beamte. Es darf nicht sein, dass unser Rentensystem zehn Prozentpunkte unter dem EU-Schnitt liegt.

Für Seniorinnen und Senioren möchten wir eine bessere Teilnahme am öffentlichen Leben erreichen, z.B. durch eine Stärkung des Einflusses der Seniorenbeiräte.

Aufwertung sozialer Berufe

Wir fordern ein größeres Verständnis für die Bedeutung von motiviertem Personal für die Daseinsvorsorge und soziale Arbeit. Daher müssen – nach Jahren des Stillstands – soziale Berufe finanziell und politisch aufgewertet werden. Das kann auch auf Landes- und Kommunalebene umgesetzt werden, weil viele dieser Berufe finanziell von der Stadt gefördert werden. Neben dem Gewinn an Kaufkraft in der Bevölkerung ist ein weiterer Effekt dieser Aufwertung, dass die Lohnschere zwischen Männern und Frauen weiter angeglichen werden kann, denn soziale Berufe werden vorrangig von Frauen ausgeübt.

Unterstützung in sozialen Notlagen

Wir fordern eine stärkere finanzielle Unterstüt-

zung für die dringend benötigten Obdachlosenunterkünfte, Tafeln, Sozialkaufhäuser sowie die vielen Vereine und Strukturen, die vielen Menschen in der Stadt täglich helfen, das Leben zu meistern.

Eine sozialverträgliche Lösung für die elendige Situation von Obdachlosen und Drogensüchtigen rund um den Hamburger Hauptbahnhof und in den umliegenden Stadtteilen ist uns ebenso wichtig – Verdrängungspolitik ist hier keine Lösung.

Wir sind auch ein verlässlicher Partner von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, mit denen wir uns gemeinsam engagieren, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden.

Die öffentlichen Zuwendungen für die präventiv so wichtige soziale Kinder- und Jugendhilfe sind nicht ausreichend. Darunter leiden sowohl die betroffenen Familien als auch die Beschäftigten in der sozialen Arbeit. Es bedarf dringend einer mittelfristig auskömmlichen Finanzierung sowohl der freien als auch öffentlicher Träger.

Unsere Ziele:

- Gerechte und armutsfeste Renten – Abschaffung der Rentenbesteuerung bis 2000 Euro pro Monat
- Ortszuschlag für soziale Transferleistungen für eine bessere gesellschaftliche Teilhabe
- Ausbau der sozialen Arbeit und sozialer Einrichtungen
- Anpassung des Haushalts für Soziales an die realen Bedürfnisse in Hamburg

Zeit für einen Politikwechsel - Hamburg lebenswerter gestalten

Das Durchschnittseinkommen in Hamburg liegt im oberen Drittel der deutschen Städte, doch es gibt klaffende regionale Unterschiede innerhalb der Stadt. Nicht einmal fünf von zehn Arbeitnehmern in Hamburg werden nach Tarif entlohnt.

Das hat Auswirkungen auf die Lohnhöhe, den Urlaubsanspruch und insbesondere die Rente. Auch befristete Arbeitsverträge und Kettenverträge, also unsichere Arbeitsverhältnisse, sind nach wie vor Alltag in Hamburg. Dem gilt es entgegenzuwirken.

Die Stärkung der Mittelschicht ist für uns ebenso essenziell wie faire Löhne und Renten.

Aufwertung des öffentlichen Dienstes

Wir fordern eine gesellschaftliche Aufwertung des öffentlichen Dienstes und der Beschäftigung in stadt eigenen Unternehmen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen muss gestoppt werden, so dass es keine weitere Verschlechterung der öffentlichen Versorgung und der Beschäftigungsverhältnisse gibt. Stattdessen sollen die stadt eigenen Unternehmen eine Vorreiterrolle für eine anständige Beschäftigungspolitik übernehmen.

Wir fordern Tarifverträge für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, einschließlich der tausenden studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an Hamburger Hochschulen. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst müssen der Vergangenheit angehören.

Öffentliche Auftragsvergabe mit Tarifbindung

Wir möchten auch private Unternehmen zu mehr Tarifbindung bewegen. So machen wir uns für ein Tariftreuegesetz und eine Überarbeitung der Vergaberichtlinie in Hamburg stark. Öffentliche Aufträge sollen in Hamburg nur vergeben werden, wenn branchenübliche Tarifverträge in den jeweiligen Unternehmen Anwendung finden.

Für familienfreundliche Politik und Geschlechtergerechtigkeit

Wir machen Hamburg familienfreundlicher. Nur wo Kinder und alte Menschen willkommen sind und Eltern unterstützt werden, kann eine lebendige und lebenswerte Stadt wachsen. Durch Weiterbildung, Qualifizierung und eine familienfreundliche Beschäftigungspolitik, zum Beispiel

durch die Förderung betrieblicher Kinderbetreuung, kann Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden. Dies ist uns ein wichtiges Anliegen. Kinderbetreuung, Fürsorgearbeit oder das Arbeiten in Teilzeit dürfen kein Hindernis für den beruflichen Erfolg von Frauen darstellen und sich langfristig nicht negativ auf die Rente auswirken.

Wir brauchen ein neues Verständnis von Lebensarbeitszeit mit lebenslauforientierten Arbeitszeitkonten, in denen Phasen des Mehrarbeitens ebenso enthalten sein können wie Arbeitszeitverkürzungen beispielsweise aufgrund der Übernahme von Aufgaben der Fürsorge, Erziehung und Betreuung.

Unsere Ziele:

- Verstärkung der familienfreundlichen Lohn- und Beschäftigungspolitik in den stadteigenen Unternehmen wie z.B. SAGA oder Flughafen Hamburg
- Effiziente Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung in der Privatwirtschaft wie z.B. ein Hamburger Tariftreuegesetz
- Abschluss eines Tarifvertrags für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte nach Berliner Vorbild
- Förderung der betrieblichen Altersvorsorge im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft
- Hamburg als Vorreiter für familienfreundliche Politik und Geschlechtergerechtigkeit etablieren

Wohnen muss bezahlbar sein

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Viele Menschen können sich ein würdevolles Wohnen nicht mehr leisten oder sorgen sich, ihr Zuhause aufgrund stark steigender Kosten verlassen zu müssen. In der Wohnungspolitik ist unser oberstes Ziel: Wohnen muss wieder bezahlbar sein. Immer größere Teile des Einkommens müssen für

Miete und Nebenkosten aufgewendet werden.

Wir fordern eine verstärkte Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die allen Hamburgern gehörende SAGA als größtem kommunalem Wohnungsbauunternehmen Deutschlands. Die enormen Gewinne der SAGA in den letzten fünf Jahren in Höhe von über einer Milliarde Euro (1.000.000.000 Euro) sollten nicht für das Stopfen von Haushaltslöchern, sondern für preiswerten Neubau, Sanierung und Renovierung verwendet werden. Es kann nicht sein, dass die SAGA ihren Bestand an Mietwohnungen in den letzten acht Jahren um nicht einmal 8.000 Wohnungen erhöht hat, während einige Zehntausend Menschen auf der Warteliste stehen.

Wir fordern eine umfangreiche Reform des Wohnraumförderprogramms des Hamburger Senats, so dass die Stadt nicht mehr über Sozialbindungsfristen privatwirtschaftliche Investoren fördert, sondern dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schafft.

Wir streben eine Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit auf Länderebene an, die bei städtischen Großprojekten stärker berücksichtigt werden soll. Erreicht werden soll die konsequente Anwendung von Kostenmieten, also Mieten, die nur die entstehenden Kosten decken müssen und keine Profite abwerfen.

Wir wollen den Leerstand von rund 7.000 Wohnungen in der Stadt abbauen durch eine konsequente Umsetzung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes von 1982 zur Erhaltung und Pflege von Wohnraum und Vermeidung der Zweckentfremdung bestehenden Wohnraums. Den immer weiter steigenden Leerstand von Büroflächen werden wir durch eine Vereinfachung und Förderung zur Umwidmung in Wohnungen stark reduzieren.

Wir möchten den unterschiedlichen Lebenslagen in der Stadt Rechnung tragen und einen diversifizierten Wohnungsbau vorantreiben, der den Bedürfnissen aller Menschen in der Stadt Rechnung trägt.

Wir initiieren eine Bundesratsinitiative zur stärkeren Förderung der energetischen Sanierung von Wohngebäuden und setzen uns für die Erhöhung der jährlichen Landesförderung für altersgerechten, barrierearmen oder barrierefreien Umbau von Wohnraum ein, ohne dass die Kosten auf die Mieter umgelegt werden.

Unsere Ziele:

- Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Reform des Wohnraumförderprogramms der Stadt Hamburg
- Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit auf Länderebene
- Abbau von Leerstand
- Erhöhung der jährlichen Landesförderung für altersgerechten, barrierearmen oder barrierefreien Umbau von Wohnraum
- Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Umlage der Grundsteuer auf Mieter
- Förderung kleiner, gemeinnütziger Baugenossenschaften

Wirtschaftliche Vernunft

Noch verfügt Deutschland über eine solide Industrie und einen erfolgreichen, innovativen Mittelstand. Aber die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Unsere öffentliche Infrastruktur ist in einer für ein führendes Industrieland blamablen

Verfassung. Seit durch die Russlandsanktionen und durch wesentlich ideologisch motivierte Klimaschutzmaßnahmen auch noch Energie schlagartig teurer geworden ist, droht unserem Land der Verlust wichtiger Industrien und hunderttausender gut bezahlter Arbeitsplätze. Viele Unternehmen erwägen eine Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland. Andere sind in ihrer Existenz bedroht. Insbesondere Hamburg mit seinem Hafen ist durch die Politik der Sanktionen und des aufziehenden Handelskrieges gegen China stark bedroht. Vernünftige Wirtschaftspolitik sieht anders aus.

Wir streben eine innovative Wirtschaft mit fairem Wettbewerb, gut bezahlten sicheren Arbeitsplätzen, einem hohen Anteil industrieller Wertschöpfung, einem gerechten Steuersystem und einem starken Mittelstand an. Dafür wollen wir Marktmacht begrenzen und marktbeherrschende Konzerne entflechten. Wo Monopole unvermeidlich sind, müssen die Aufgaben gemeinnützigen Anbietern übertragen werden.

Es braucht einen Zukunftsfonds, der sowohl die industrielle Basis als auch Wissenschaft, Kultur, Infrastruktur sowie den innovativen Mittelstand und Start-Ups nachhaltig unterstützt. Notwendig ist zudem eine Befreiung von unnötiger Bürokratie und Regelungswut. Hierzu wollen wir einen Expertenrat einsetzen, der Vorschläge für zukunftsfähige und wachstumsfördernde Lösungen erarbeitet.

Deutschland als exportstarkes und rohstoffarmes Land braucht eine Außenwirtschaftspolitik, die auf stabile Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Partnern statt auf neue Blockbildung und ausufernde Sanktionen setzt und die unsere Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter Energie sicherstellt.

Wir legen Wert darauf, dass das Land seine Verantwortung für Nachhaltigkeit und Klimaschutz in vernünftiger und sozial gerechter Weise wahrnimmt. Wir wollen Klima- und Umweltschutz insbesondere durch ingenieurtechnische Innovationen vorantreiben, deren Umsetzung schnellstmöglich erfolgen kann und nicht Jahrzehnte in

Anspruch nimmt.

Die Energieversorgung Deutschlands lässt sich noch nicht allein durch erneuerbare Energien sichern. Mindestens für eine Übergangszeit wird Gas ein notwendiger Energieträger sein. Blinder Aktivismus und undurchdachte Maßnahmen helfen dem Klima nicht, aber sie gefährden unsere wirtschaftliche Substanz, verteuern das Leben der Menschen und untergraben die öffentliche Akzeptanz sinnvoller Klimaschutzmaßnahmen.

Ein Kernproblem der Energiewende ist das Fehlen von Speichern und Netzen.

Wir setzen uns ein für bezahlbare Energie für Bürger sowie für in ihrer Existenz bedrohte kleine und mittelständische Unternehmen

Wir setzen uns für eine vernunftgetriebene Verkehrspolitik ohne Dogmatismus ein. Die unterschiedlichen berechtigten Interessen aller Beteiligten im Verkehr müssen in Ausgleich gebracht werden. Ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Auto oder dem ÖPNV – jede dieser Fortbewegungsarten hat ihre Berechtigung und muss im Hamburger Verkehrskonzept berücksichtigt werden.

Eine Verkehrswende kann nur über funktionierende attraktive Alternativen vorangetrieben werden und nicht über Zwangsmaßnahmen. Belehrungen und Verbote lehnen wir ab, stattdessen setzen wir auf die Macht der Überzeugung. Derzeit ist der Öffentliche Nahverkehr keine attraktive Alternative, zugleich ist die Stausituation für die Autofahrer bei den vielen Baustellen unzumutbar.

Autofahren darf nicht zum Privileg einer kleinen Oberschicht werden, sondern soll für jeden möglich sein. Aus diesem Grund lehnen wir das „Verbrennerverbot“ ab.

Hamburgs Wirtschaft erhalten und stärken

Eine allgemeine Erhöhung der öffentlichen Investitionen ist für den Fortbestand des Wohlstandes in Hamburg unerlässlich. Insbesondere in die Infrastruktur unserer Stadt muss mehr

investiert werden, damit die Voraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft auch für künftige Generationen gegeben sind. Darüber hinaus braucht es mehr Investitionen zur Förderung einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft.

Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, streben wir schnellere und verlässliche Entscheidungen in der Politik an, damit diese wieder den Betrieben dienlich sein kann. Unbürokratischere Verfahren und Abläufe entlasten insbesondere kleine und mittlere Betriebe.

Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft können auch durch eine Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung verbessert werden. Die Etablierung von Förderscouts erleichtert einerseits die Orientierung angesichts der großen Vielfalt verschiedener Förderprogramme und ermöglicht andererseits einen transparenten und gleichberechtigten Zugang zu Fördermitteln.

Die Vielfalt der Unternehmen in unserer Stadt soll erhalten und ausgebaut werden. Damit sich insbesondere auch bisher weniger verbreitete Unternehmensformen besser entwickeln können, sollen zukünftig genossenschaftlich organisierte Betriebe gesondert gefördert werden.

Das Potential neuer Ideen und Innovationen kann in Hamburg nur genutzt werden, wenn es gute Bedingungen für die Gründung neuer Unternehmen gibt. Um diese Bedingungen weiter zu verbessern, sollten bestehende Vorschriften überprüft und bürokratische Hindernisse bei Betriebsgründungen und Start-ups abgebaut werden.

Unsere Ziele:

- Erhöhung öffentlicher Investitionen in eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft und Infrastruktur
- Unbürokratische Verfahren und schnelle, verlässliche Entscheidungen in der Politik sowie finanzielle und administrative Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe in Produktion, Handwerk, Handel, Dienstleistung, Landwirtschaft

schaft, Tourismus und weiteren Bereichen

- Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung für Industrie und Mittelstand und Etablierung eines Förderscouts, der für alle Unternehmen einen transparenten und gleichberechtigten Zugang zu Förderchancen sicherstellt.
- Förderung von genossenschaftlich orientierten Betrieben und Kleinbetrieben
- Befreiung von Regulierungshürden bei Betriebsgründungen und Start-ups

Hamburgs Hafen – ein Tor zur Welt

Unser Hafen ist nach wie vor ein Motor der Hamburger Wirtschaft. Im internationalen Wettbewerb der Häfen verliert er jedoch an Boden. Zwischen 2007 und 2021 stieg der Containerverkehr weltweit um 74 Prozent, fiel in Hamburg jedoch um 16,5 Prozent. 2004 belegte Hamburg beim Containerumschlag weltweit noch Platz neun; 2022 fiel der Hamburger Hafen auf Platz 21 zurück.

Anstatt mit den anderen norddeutschen und europäischen Seehäfen zusammenzuarbeiten und ein tragfähiges Logistik-Konzept zu entwickeln, privatisiert der rot-grüne Senat 49,9 Prozent des Hafens, indem er seine HHLA-Aktien zum Spottpreis an die weltgrößte Container-Reederei MSC verkauft, und riskiert so tausende Arbeitsplätze.

Die Gefahr der Einflussnahme durch MSC auf Infrastrukturmaßnahmen, Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge sowie die Vertreibung anderer Reedereien und Wettbewerber aus dem Hamburger Hafen kann überhaupt nicht abgeschätzt werden. Vernünftige Wirtschaftspolitik sieht anders aus.

Die Vertiefung der Elbe hat sich inzwischen als nahezu wirkungslos herausgestellt – ein ökonomisches Fass ohne Boden und ökologisch höchst bedenklich. Deshalb wollen wir die Kooperationsgespräche mit anderen Häfen, insbesondere dem Tiefseehafen Wilhelmshaven, wiederaufnehmen.

Der Hamburger Hafen ist aufgrund seiner geografischen Lage gut geeignet, eine zentrale Funktion als Wasserstoff-Drehkreuz Deutschlands einzunehmen. Grüner Wasserstoff ist als Speichermedium für die Energiewende notwendig und eine Schlüsseltechnologie. Die dafür notwendigen Infrastrukturmaßnahmen müssen allerdings ausschließlich mit öffentlichen Steuergeldern finanziert werden – MSC wird sich daran nicht beteiligen. Zu diesen Maßnahmen zählen u.a. die Köhlbrandquerung, die Erweiterung des Schienennetzes und die Instandsetzung maroder Kaianlagen.

Der Hamburger Hafen liegt im Herzen der Stadt und darf nicht als NATO-Hub in Anspruch genommen oder für militärische Zwecke genutzt werden.

Unsere Ziele:

- Eine ehrliche Analyse der Stärken und Schwächen des Hamburger Hafens
- Überarbeitung des Hafenentwicklungsplan unter Einbeziehung weiterer Seehäfen
- Kooperation statt Konkurrenz mit anderen Häfen
- Ausbau des Schienennetzes und Sanierung maroder Kai-Anlagen
- Verlagerung des Transports auf Schiene und Schute statt Anstieg des LKW-Verkehrs
- Sanierung der Köhlbrandbrücke statt Neubau
- Den Hafen als Drehkreuz für die Wasserstoffwirtschaft auf- und ausbauen.
- Landstrom auch für den Containerbereich fördern
- Der Hamburger Hafen bleibt ein ziviler Hafen und wird kein Hub für Kriegsmaterial und Soldaten der NATO

Sanften Tourismus stärken

Hamburg wird im Bereich Städte- und Kulturreisen immer beliebter. Im Ranking innerdeutscher Städtereisen belegt unsere Stadt Platz zwei. Zudem wird sie jährlich von ca. zwei Millionen internationalen Gästen besucht.

Um die 16 Millionen Übernachtungen und gut 100.000 Beschäftigte direkt oder bei Zulieferern der Branche, ein Umsatz von über neun Milliarden Euro und das damit zusammenhängende Steueraufkommen von mehr als 350 Millionen Euro – diese Zahlen machen deutlich, dass der Tourismus eine weitere Säule der Hamburger Wirtschaft ist.

Hamburg ist beliebt, weil es hier viele attraktive Großveranstaltungen wie den Hafengeburtstag, die Cruise- und Harley Days oder den Schlagermove gibt. Zugleich wird auch kulturell extrem viel geboten. Das Angebot reicht von der Clubszene und den Kiezen über private und öffentliche Theater, die Elbphilharmonie, Musicals, Museen und Galerien bis hin zu den über 5000 gastronomischen Betrieben.

Um Overtourism wie in Venedig oder auf Mallorca zu vermeiden, ist es zunehmend wichtig, die Waage zwischen dem wichtigen Wirtschaftsfaktor Tourismus und dem Leben in der Stadt zu halten. Das bunte Leben in „angesagten“ Stadtteilen trägt zur Beliebtheit der Stadt bei Touristen bei, fördert jedoch zugleich eine Gentrifizierung dieser Stadtteile, was wiederum den privaten kulturellen Sektor beeinträchtigt.

In der Gastronomie, den Hotels und bei Großevents herrschen oft schlechte Arbeitsbedingungen. Dazu gehören Niedriglohnzahlungen, ein hohes Arbeitspensum und nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

Für einen gesunden Tourismus, der sich über die Stadt verteilt und nicht nur an den Hotspots wie Landungsbrücken, Kiez oder Elbphilharmonie stattfindet, braucht es bessere Vorgaben und Rahmenbedingungen.

Unsere Ziele:

- Schaffung bezirklicher Tourismus-Manager zur Stärkung kultureller Angebote in allen Bezirken
- stärkere Kontrolle zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gastronomie, Hotels und bei Großevents
- Reduzierung negativer Folgen wie Vermüllung bei Großevents durch stärkeres staatliches Engagement
- mehr öffentliche Toiletten und Abfallbehälter

Digitalisierung ist Zukunft

Gerade im Mittelstand gibt es in Hamburg ein erhebliches Defizit bei der Digitalisierung. Vor allem im Handwerk fehlt es häufig an Zeit und Kapazitäten, aber auch an qualifiziertem Personal, um digitale Strategien und Prozesse umzusetzen. Deshalb wollen wir die Digitalisierungsoffensive stärken, die Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Best-Practice-Tools und spezifische Förderinstrumente beinhaltet.

Unsere digitale Agenda umfasst nicht nur eine innovative Digitalisierungsstrategie, sondern auch die kompetente Bewertung und Umsetzung von bereits erfolgreichen Digitalisierungsstrategien anderer Länder im Bereich Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Es muss auch in Hamburg endlich möglich sein, einfache Verwaltungsvorgänge mit Hilfe einer Bürger-App zu erledigen – eine digitale Plattform für alle Belange unserer Stadt.

Öffentliches WLAN ist leider immer noch eine große Leerstelle in Hamburg. Wir fordern leistungsfähige und schnelle öffentliche WLAN-Internetanbindungen nicht nur an den touristischen Hotspots, im Citybereich oder den Bezirkszentren, sondern in ganz Hamburg.

Für die öffentliche Digitalisierung gilt: Die Migration in die private Microsoft Cloud sowie MS

Office365 ist ein Weg, bei dem „Deutschland demnächst im goldenen Microsoft-Käfig“ gefangen und abhängig vom Willen eines US-amerikanischen IT-Konzerns sein könnte. Dieser Weg ist falsch.

Unsere Ziele:

- Digitalisierungsoffensive für kleine und mittelständische Unternehmen
- Schnellere Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung
- Eine Bürger-App für einfache Verwaltungsvorgänge
- Öffentliches WLAN in ganz Hamburg
- Open Source statt langfristige Abhängigkeit von Großkonzernen

Solide Finanz- und Strukturpolitik

Entscheidungen über die Landesfinanzen liegen in der Entscheidungshoheit der Hamburgischen Bürgerschaft. Die Finanzpolitik in Hamburg muss wieder die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt rücken und für eine funktionierende Stadt sorgen. Es existieren ein enormer Instandhaltungsrückstau und Investitionslöcher z.B. bei Bildung, Wohnungsbau sowie der Verkehrsinfrastruktur. Auch Förderprogramme müssen auf ihre Notwendigkeit überprüft werden.

Um Vorschläge zur Finanzierung unserer politischen Vorhaben erarbeiten zu können, brauchen wir einen Kassensturz und die strukturelle Prüfung der Landesverwaltung.

Zu einer nachhaltigen Landespolitik gehört es, die Finanzen auf Basis einer gesunden Wirtschaft und einer gerechten Steuerpolitik auf solide Grundlagen zu stellen und dadurch Spielräume für kommende Generationen zu erhalten. Hierzu werden wir konstruktive Vorschläge unterbreiten.

Die Politik darf in Hamburg Steuerkriminalität wie bei CumEx nicht weiter unterstützen. Die Beweissicherung der Finanzverbrechen darf nicht durch das „Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen“ verhindert werden.

Wir fordern verstärkte Betriebs- und Steuerprüfungen bei Konzernen und Multimillionären, um so die Einnahmen der Stadt und die Steuererechtigkeit zu verbessern.

Letztendlich hat sich die Einführung der Schuldenbremse in der bestehenden unflexiblen Form, die auch Investitionen einbezieht, als Entwicklungsbremse herausgestellt. Sie darf den Fortschritt im Land nicht eindämmen. Kreditaufnahmen für öffentliche Investitionen müssen wieder zugelassen werden.

Für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft soll der Fonds der Investitions- und Förderbank (IFB) weiter ausgebaut und mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Wir wollen das Vermögen Hamburgs u.a. in der Hamburger Beteiligungsgesellschaft (HGV) nutzen, um das Land voranzubringen und transparent im öffentlichen Interesse zu wirken.

Wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge und zentrale Interessenbereiche der regionalen Wirtschaft wie z.B. der Hafen müssen in öffentlicher Hand bleiben oder zurückgewonnen werden.

Grund und Boden müssen in der Hand der Hansestadt Hamburg bleiben. Das Vorkaufsrecht der Stadt soll sinnvoll ausgeübt werden.

Hamburg muss in eine langfristig in die Zukunft schauende Stadtplanung einsteigen. Wohnen, Arbeiten, Gesundheit, Bildung, Verkehr und Umwelt brauchen eine abgestimmte Zukunftsplanung, ein Ende des Kleinklein. Als Metropole funktioniert dies am besten gemeinsam mit den angrenzenden Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Steuergesetzgebung bedarf einer Überarbeitung, um dem Grundsatz wieder Geltung zu verschaffen, dass jeder nach Maßgabe seiner individuellen ökonomischen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung staatlicher Leistungen beitragen soll. Schlupflöcher wie z.B. die Vermeidung der Grunderwerbsteuer bei Unternehmen sollen über eine Bundesratsinitiative geschlossen werden.

Unsere Ziele:

- Strukturelle Prüfung der Hamburger Verwaltung und der einzelnen finanziellen Vorhaben
- Nutzung des Landesvermögens für eine nachhaltige Entwicklung
- Umfassende vorausschauende Stadtplanung
- Grund und Boden bleiben in öffentlicher Hand

Hamburg braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

Hamburg hat eine gewachsene Verkehrsinfrastruktur, die über Jahrzehnte vernachlässigt wurde – das hat viele Probleme geschaffen. Hamburg ist geplagt von Staus im Verkehr (laut TomTom Deutschlands Stauhauptstadt 2023), maroden Straßen und Brücken, Baustellenchaos, Unzuverlässigkeit und schlechtem Takt im ÖPNV (insbesondere S-Bahn und Randgebiete). Es gibt keine durchgängigen Radwege und es herrscht Parkplatzmangel.

Investitionen in die Infrastruktur sind dringend nötig, damit unsere Straßen und Brücken wieder sicher werden und Infrastruktur nicht zur vererbten Kostenfalle für kommende Generationen wird.

Verkehrswende mit Vernunft – Anreize statt Verbote

Wir wehren uns gegen eine Verkehrswende, die unüberlegt und gegen die Menschen durchgesetzt werden soll. Stattdessen brauchen wir einen attraktiven Mix aller Verkehrsmittel.

Statt Autofahrern und Autofahrerinnen gering-schätzig gegenüberzutreten und immer neue Methoden der Gängelung und Preiserhöhung zu überlegen, treten wir jenen mit Respekt gegenüber, die tagtäglich im Stau stehen, um zur Arbeit zu gelangen. Deshalb lehnen wir Diesel-fahrverbote ebenso ab wie eine undurchdachte Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung oder die Einführung einer City-Maut.

Masterplan Öffentlicher Nahverkehr für Hamburg und Umland

Wir setzen uns dafür ein, dass Bus, Bahn und Fähren pünktlich und in regelmäßigem Takt für alle Bürger Hamburgs besser erreichbar sind. Dafür wollen wir eine Erhöhung der Mittel und einen Masterplan Öffentlicher Nahverkehr für den Großraum Hamburg, der langfristig für einen Zeithorizont von 20 Jahren in Abstimmung mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen entwickelt wird.

Öffentlicher Personennahverkehr

Ein effizienter und benutzerfreundlicher ÖPNV ist entscheidend für die Lebensqualität und die Mobilität der Menschen in Hamburg. Bahnhöfe und Verkehrsmittel dürfen keine Angsträume sein, auch nicht bei Nacht. Barrierefreiheit ist ein Muss. Es muss gewährleistet sein, dass alle Bürger jederzeit gern und sicher den ÖPNV nutzen können. Ein solches Angebot wird mehr Menschen überzeugen, auf ein eigenes Auto oder auf einzelne Autofahrten zu verzichten.

Auch die Pendler nach Hamburg müssen zuverlässig zu ihren Arbeitsstätten kommen können. Dazu ist es notwendig, Schluss zu machen mit der Vernachlässigung der außerhalb des Ring 2 bzw. der Ringbahn U3 gelegenen Randgebiete Hamburgs. Harburg, Allermöhe und Osdorf sind in Sachen Verkehrsanbindung abschreckende Beispiele.

Wir stehen zum Deutschlandticket. Es muss bezahlbar bleiben. Mit einem „Hamburg Ticket Sozial“ wollen wir Menschen mit geringem Einkommen, Rentnern und Rentnerinnen, Schülern

und Studierenden den Kauf des Deutschland-tickets für Bus und Bahn zu einem reduzierten Preis ermöglichen und so auch in Zukunft die Mobilität in Hamburg fördern.

Motorisierter Individualverkehr

Viele Menschen in Hamburg sind auf den PKW angewiesen. Wir halten die Verächtlichmachung von Bürgerinnen und Bürgern, die einen Verbrenner fahren, für unangemessen und weisen diese zurück.

Die Sanierung und der Ausbau bestehender Straßen und straßenbegleitender Radwege müssen im Fokus der künftigen Verkehrspolitik stehen.

Die Ampelschaltungen sind technisch nicht auf dem neuesten Stand. Die Digitalisierung soll vorangetrieben werden. Es fehlt an modernen Systemen, die KI-gesteuert den Verkehr überwachen und Grünphasen automatisch schalten.

Am Stadtrand wollen wir kostengünstige Pendlerparkplätze ausbauen.

Verkehrsberuhigung in Wohngebieten

Die Einführung von verkehrsberuhigten Zonen und andere Maßnahmen zur Förderung des Fußgänger- und Fahrradverkehrs in Wohngebieten verbessern die Lebensqualität und Verkehrssicherheit vor Ort. Ein allgemeines Tempo 30-Limit in Ortslagen lehnen wir hingegen ab.

Baustellen- und Planungsmanagement

Dem Baustellenchaos auf Hamburgs Straßen wollen wir ein Ende machen. Dafür muss das Baustellenmanagement professionalisiert und zentral für die Hansestadt abgestimmt werden. Staus und Ausfälle von Verkehr auf Straße, Schiene und Wasser müssen minimiert werden. Jeder Umweg oder Stau kostet Zeit, Geld und belastet die Umwelt mit reduzierbaren Emissionen. Eine „intelligente Verkehrssteuerung“ muss diesen Prozess unterstützen.

Radwege

Der Ausbau des Radverkehrs ist eine wichtige Maßnahme, um Mobilität, Gesundheit und Umweltfreundlichkeit in Hamburg zu verbessern. Der Ausbau und die Instandhaltung von sicheren Radwegen sowohl im Zentrum als auch am Stadtrand ist entscheidend. Dies umfasst sowohl Radwege entlang von Straßen als auch baulich getrennte Radwege.

Fußgänger

Wir brauchen sichere, breite und in der dunklen Jahreszeit gut beleuchtete Gehwege, Unterführungen und Tunnel mit klarer Trennung vom Radverkehr. Gute Einsehbarkeit erhöht die Sicherheit. Bürgersteige sollen auch behindertengerecht gestaltet werden.

Vernetzung der Verkehrsträger

Eine bessere Vernetzung von verschiedenen Verkehrsträgern wie Bus, Bahn, Fähre, Fahrrad und Carsharing soll die Flexibilität und Attraktivität des ÖPNV erhöhen. Die Koordinierung der Fahrpläne ist dabei von zentraler Bedeutung.

Bürgerbeteiligung

Bei allen oben genannten Punkten wollen wir mehr Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie von Interessengruppen in Planungsprozesse und die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Unternehmen und Verbänden sind entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung guter und zukunftsfähiger Mobilität in allen Bereichen.

Unsere Ziele:

- S-Bahnbetrieb nicht nur am Wochenende durchgehend bestehen lassen
- S-Bahn-Ring schaffen mit Verbindung über die Elbe nach Neugraben-Altona
- Die Elbfähren sind mit Touristen überfüllt.

Erheblicher Ausbau der Fährlinien, einschließlich der Prüfung von Autofähren.

- Kostenlose Parkraumnutzung für Handwerksbetriebe, Pflegedienste etc. während der Auftragsabwicklung
- Auf Magistralen mindestens vier Spuren erhalten, damit der Berufs- und Wirtschaftsverkehr fließen kann, d.h. kein Rückbau z.B. der B 73 in Harburg auf zwei Spuren, wie zur Zeit vom Senat geplant
- Das gegenseitige Verständnis zwischen den Verkehrsteilnehmern, z.B. das Einhalten von Mindestabständen beim Überholen von Fahrradfahrern oder zwischen Fahrrad und parkenden Autos, soll geschärft werden.
- Klare Regeln für die Nutzung von E-Scootern und konsequente Sanktionen bei regelwidrigem Verhalten bis hin zum Totalverbot in Hamburg.

Energiepolitik und Umweltschutz

Der Veränderung des Weltklimas und der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen begegnen wir mit einer ehrlichen und die Menschen nicht bevormundenden Klima- und Umweltpolitik. Diese beinhaltet einerseits Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderungen (Schutz vor Überschwemmungen sowie Hitze und Trockenheit) und andererseits eine vernunftgeleitete Wende in der Energiepolitik. Die Energieversorgung Deutschlands lässt sich noch nicht allein durch erneuerbare Energien sichern. Mindestens für eine Übergangszeit wird Gas ein notwendiger Energieträger sein.

Um gegen Klimawandel und Umweltzerstörung vorzugehen, fördern wir die Entwicklung innovativer Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale und naturverträgliche Wirtschaft der Zukunft. Besonders am Herzen liegt uns die Umsetzung bereits bestehender Erkenntnisse. Wissen allein reicht nicht, es muss auch angewendet werden. Das soll zum Aufbau einer nachhaltigen Hamburg-

ger Energieversorgung führen.

Bei der Bewertung der Wirksamkeit von Projekten gehen wir von einem ganzheitlichen Ansatz aus und berücksichtigen die gegebenen Realitäten. Wir wollen nicht mit einem Flugzeug abheben, dessen Landebahn noch nicht gebaut ist.

Energiepolitik mit Vernunft statt Ideologie

Was immer wir in Hamburg und Deutschland in Sachen Klimaschutz unternehmen, ohne ein abgestimmtes internationales Vorgehen wird es keine Wirkung entfalten. Hamburg und Deutschland allein werden das Klima nicht retten. Wir können aber ein Beispiel für eine erfolgreiche, soziale und nachhaltige Energie- und Klimapolitik werden. Heute besteht Deutschlands Vorbildfunktion in seiner Abschreckung.

Eine vernünftige Energiewende wird durch eine verbrauchsnahe dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung und eine Vielfalt verschiedener Technologien möglich. Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie wie z.B. PV- oder Windkraft-Anlagen sollen nur dort gebaut werden, wo sie gebraucht und gewünscht werden. Schleswig-Holstein liefert ausreichend Strom aus erneuerbaren Quellen.

Für eine erfolgreiche Energiewende ist die Entwicklung und der Ausbau von Speichern und Netzen unabdinglich. Hamburg soll in Deutschland zum Vorreiter bei der Förderung und Entwicklung innovativer Speichertechnologien für erneuerbare Energie und beim Aufbau solcher Projekte werden. Damit stärken wir die Versorgungssicherheit ebenso wie die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Hamburg. Unsere Energiepolitik vernichtet keine Jobs – sie schafft welche.

Die Hamburger Energieagentur soll verstärkt als Berater und Investitionsbegleiter für ein innovatives Energiemanagement wertvolle Arbeit leisten.

Wir wollen öffentliche Förderung und Bürgerbeteiligung bei der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. Gewinne bei der Stromerzeugung sollen auch den Bürgern zugutekommen. Die an

sich kostengünstige Energie der Erneuerbaren muss endlich im Portemonnaie der Verbraucher ankommen. Klimaschutz muss sich rechnen und darf nicht das Leben immer teurer machen.

Solange der Netzausbau keine sinnvolle Verteilung der erzeugten erneuerbaren Energie ermöglicht, lehnen wir den weiteren Ausbau der Windenergie im Bereich Hamburg ab. Erst wenn Hamburger Windkraft sich positiv auf den Strompreis der Bürger auswirkt, ist ein weiterer Ausbau in Hamburg zu prüfen. Eine generelle Erlaubnis von Windenergie im Wald lehnen wir ab.

Wir unterstützen den 5-Punkte-Plan des BSW für einen soliden Haushalt. Folgende Ansätze müssen auf Bundes- bzw. EU-Ebene vorangetrieben werden:

- CO₂-Bepreisung und EEG-Umlage lehnen wir ab. Die Subventionierung der Strompreise im Süden Deutschlands über die Netzentgelte im Norden soll beendet werden.
- Das Heizgesetz soll zurückgenommen und die 16,7 Milliarden Euro, die im aktuellen Haushalt dafür bereitstehen, eingespart werden.
- Die EEG-Förderung muss grundlegend reformiert werden. Die Steuerzahler dürfen nicht länger zur Entschädigung für negative Strompreise zur Kasse gebeten werden.
- Wir beziffern das Sparpotenzial im Haushalt, das sich kurzfristig durch die Streichung von unsinnigen Ausgaben ergibt, auf rund 50 Milliarden Euro.

Eine vereinfachte und verständliche Bürokratie sowie die schnelle Bearbeitung von Anträgen, z.B. des Anschlusses einer PV-Anlage ans Netz, sind unser Ziel.

Wir fördern intelligente Strategien der Anpassung, um die schon jetzt negativen Folgen des Klimawandels für Mensch und Umwelt abzuschwächen.

Wir setzen uns für gezielte Förderprogramme für aufgrund der Energiekosten in ihrer Existenz bedrohte Unternehmen ein. Sie sollen durch Investitionshilfen für Eigenstromerzeugung oder Energieeffizienz unterstützt werden.

Wir bekennen uns zur Förderung von Quartierskonzepten zur Energieeinsparung und Energieerzeugung.

Energiekosten in Hamburg deutlich senken

Vernunft und Gerechtigkeit in der Energiepolitik heißt auch, dass wir die im europäischen Vergleich deutlich zu hohen Energiekosten in Hamburg deutlich senken und damit die Bürger und Unternehmen nachhaltig entlasten. Nein zum Fracking-Gas – wir unterstützen die Wiederaufnahme von günstigen Gaslieferungen, insbesondere durch die bestehende Nord Stream Pipeline.

Umwelt und Naturschutz, effektiver Grundwasser- und Bodenschutz, Nachhaltigkeit

Umweltschutz im Sinne des Erhalts unserer Lebensgrundlagen und des Schutzes vor den Gefahren des Klimawandels ist für uns ein existenzielles Handlungsfeld.

Eine verstärkte Förderung und Durchführung von Maßnahmen zum Schutz vor Starkregen und Hochwasser soll auf den Weg gebracht werden. Die Stadt benötigt weniger Versiegelung und mehr Versickerungsflächen, um die zunehmenden Mengen an Regenwasser aufnehmen und abgeben zu können. Der Ausbau und Erhalt von Parks und Grünflächen sowie der Erhalt von Kleingärten wird immer wichtiger, schon in der Planung neuer Vorhaben. Der Grundwasserschutz ist vor dem Hintergrund häufiger, extrem langer Trockenzeiten wichtig.

Die Feinstaubbelastung ist ein Gesundheitsrisiko, das umgehend angegangen werden muss.

In der Abfallwirtschaft setzen wir uns für konsequente Vermeidung von Abfällen und für hoch-

wertiges stoffliches Recycling ein. Im Naturschutz wollen wir die anerkannten Verbände besser fördern, um das Einbringen ihrer wichtigen Expertise in den Beteiligungsverfahren abzusichern.

Wir fördern den Tierschutz in Hamburg.

Unsere Ziele:

- Das Hamburger Klimaschutzstärkungsgesetz und der Hamburger Klimaplan müssen dringend auf den Prüfstand der Wirklichkeit gestellt werden
- Strompreise senken! Reduzierung der Netzentgelte
- Entwicklung und Nutzung innovativer Speichertechnologien
- Ausbau der Netzkapazitäten
- Schaffung lokaler Wertschöpfungsketten in Hamburg durch technologieoffene, verbrauchsnahe Strom- und Wärmeerzeugung
- Klimaanpassung durch Wasserrückhalt, Entsigelung und Schutz gegen Sturmfluten und Hochwasser. Förderung des Erhalts und Zuwachses an Stadt Begrünung
- Hamburg soll mit seinen öffentlichen Gebäuden Vorreiter in der energetischen Sanierung werden

Land- und Forstwirtschaft

Politische Entscheidungen gegen eine funktionierende Landwirtschaft haben die über 500 landwirtschaftlichen Betriebe im Hamburger Raum in den letzten Jahren zusätzlich zu den klimatischen Veränderungen, der Afrikanische Schweinepest sowie der Vogelgrippe stark belastet. Zudem stellen Fachkräftemangel und Kostensteigerungen die landwirtschaftlichen Betriebe vor hohe Herausforderungen. Die Inflation und die steigenden Energiepreise sind auch an

den Hamburger Bäuerinnen und Bauern nicht spurlos vorüber gegangen. Weitere Belastungen für Landwirte, wie sie die Bundesregierung jüngst beschlossen hat (Stichwort Agrardiesel), lehnen wir ab.

Stattdessen denken wir Land- und Forstwirtschaft mit Ernährungswirtschaft, Holzverarbeitung, Umweltschutz, Klimaschutz und erneuerbaren Energien zusammen. Die Hamburger Land- und Forstwirtschaft hat viel Potenzial für nachhaltige Lösungen.

Wir stehen für Verlässlichkeit von Politik – auch bei den Vorgaben für die Landwirtschaft.

Wir stehen für die Entbürokratisierung der Hamburger Land- und Forstwirtschaft. Arbeitsgrundlage sind für uns dabei die Vorschläge des DBV und der Agrarministerkonferenz.

Die Stoffstrombilanz wollen wir abschaffen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung der Grundsteuer „A“ ein, da sie mehr Aufwand verursacht als Einnahmen erzielt.

Unsere Ziele:

- Finanzielle Unterstützung der Betriebe bei der Anpassung an Klima- und veränderte Wetterbedingungen
- Ausbau der Forschungskapazitäten zur Unterstützung der Holzwirtschaft an der Universität Hamburg (z.B. Zentrum Holzwirtschaft in Bergedorf)
- Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe durch langfristige Förderprogramme zur Vermarktung saisonaler und anderer landwirtschaftlicher Produkte vor Ort
- Unbürokratische Förderung von umwelt-, boden- und klimaschonenden Agrartechniken und Anbausystemen
- Keine weitere Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen für Ausgleichsmaßnahmen

- Hamburg hat begrenzte Flächen an Wäldern und diese sollen bleiben. Wälder sollen nicht der Flächengewinnung zum Opfer fallen, sondern Menschen und Tieren als Rückzugsorte erhalten
- Stärkung der Ausbildung für landwirtschaftliche Berufe, Entwicklung von Projekten für Schülerinnen und Schüler

Impressum

Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit

Landesverband Hamburg
Große Elbstraße 135
22767 Hamburg
hh.bsw-vg.de
info@hh.bsw-vg.de

Vi.S.d.P. Manuel A. Tabiou

Unser Landeswahlprogramm und die Liste
der Kandidierenden finden Sie online unter:
hh.bsw-vg.de

Zweitstimme
X BSW

**Bündnis Sahra Wagenknecht -
Vernunft und Gerechtigkeit**

BSW Landesverband Hamburg

hh.bsw-vg.de